Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83
Postscheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit" 5 Pf. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Herford, Deynhausen u. Amt Rehme 20 Pf., sonst 30 Pf. Reklamen 1 Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt und Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt und Landkreis Herford

Nr. 61. Herford, Mittwoch, den 13. März 1918

Kurland bietet dem Kaiser die Herzogskrone an.

Berlin, 12. März. Die kurländische Landesversammlung hat dem Kaiser die Herzogskrone von Kurland angetragen.

Danktelegramme an den Kaiser.

wtb. Berlin, 12. März. Sr. Majestät dem Kaiser sind aus Dorpat folgende Telegramme zugegangen:

Ew. Majestät bittet die livländische Ritterschaft, ihren untertänigsten Dank entgegenzunehmen für die Errettung Livlands aus Drangsal und Not und Stellung dieser ältesten deutschen Kolonie unter den Schutz des mächtigen Deutschen Reiches. Die livländische Ritterschaft knüpft daran das Gelöbnis unwandelbarer Treue und bittet Ew. Majestät, dessen gewiß zu sein, daß die Livländer mit Gut und Blut immerdar einzutreten bereit sein werden für die Größe des Deutschen Vaterlandes.

Im Namen der livländischen Ritterschaft: Residierender Landrat Baron Stael, v. Holstein, Landschaftssekretär v. Samson-Himmelstjerna.

Ew. Majestät bitten die in der alten deutschen Hochschule versammelten deutschen Professoren, Dozenten und Studenten ihren tiefgefühlten Dank für die Befreiung deutschen Wortes und Wesens entgegennehmen zu wollen. Ew. Majestät geloben wir unverbrüchliche Treue und Ergebenheit.

J. A.: gez. Prof. Dehio, Prof. Hahn, Prof. Hoege, v. Manteuffel.

Se. Majestät hat mit folgenden Telegrammen geantwortet:

Baron Stael v. Holstein, Dorpat.

Herzlichen Dank für den Gruß, mit dem mich die livländische Ritterschaft erfreut hat. Das deutsche Volk freut sich mit mir, daß unsere Waffen das schwer geprüfte schöne Land vor weiterer Drangsal haben bewahren können. Möchte diese schwere Zeit die Auferstehung des baltischen Deutschtums zu freier, freudiger Entwicklung seiner Kraft zur Folge haben. Wilhelm I.

Prof. Dehio, Dorpat.

Herzlichen Dank für freundlichen Gruß. Es ist mir und dem ganzen akademischen Deutschland eine große Freude, daß die ehrwürdige Alma mater Dorpatensis, dank dem Sieg unserer Waffen, in geistiger Freiheit ihren geschichtlichen Beruf als Heimstätte deutschen Geisteslebens wieder aufnehmen kann. Große Erinnerungen der Vergangenheit werden damit zu neuem Leben erweckt. Möchte wieder, wie in alten Tagen reicher Segen für die schwergeprüften Ordenslande und die deutsche Wissenschaft von ihr ausgehen. Wilhelm I.

Hindenburg weilt in Berlin.

wtb. Berlin, 12. März. Generalfeldmarschall von Hindenburg weilte heute zu Besprechungen in Berlin.

Dr. Michaelis Oberpräsident von Pommern.

Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis ist, wie kurz gemeldet, für den Oberpräsidentenposten der Provinz Pommern in Aussicht genommen.

*

Dr. Michaelis tritt damit nach viermonatigem Ruhestand wieder in den Staatsdienst zurück, und es wird allgemein begrüßt werden, daß er, der sich in den verschiedensten Stellungen als ein ausgezeichneter Verwaltungsbeamter bewährt hat, wieder im aktiven Dienst Verwendung finden wird. In seinen neuen Posten als Leiter der Verwaltung der Provinz Pommern begleitet ihn das Vertrauen, das er sich durch seine tatkräftige und nach jeder Seite hin unabhängige Amtsführung als preußischer Staatskommissar für Ernährungsfragen erworben hat. Seine neue Stellung wird ihm Gelegenheit bieten, in Anknüpfung an seine frühere Tätigkeit über seinen Wirkungskreis hinaus für die ganze Monarchie segensreich zu wirken.

wtb. Berlin, 12. März. Se. Maj. der Kaiser hat dem Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis seine Wiederverwendung im Staatsdienst als Oberpräsident v. Pommern durch folgendes Telegramm mitgeteilt:

Um ihre bewährte Kraft wieder dem Staate nutzbar zu machen, habe ich Sie zum Oberpräsidenten meiner Provinz Pommern bestimmt. Es ist mir eine Freude, Ihnen dies mitzuteilen.

Wilhelm I. R.

Die polnische Frage.

Wien, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Einiges Aufsehen erregt ein Artikel des Grafen Jul. Andrassy in der „Neuen Freien Presse". Graf A. warnt Deutschland vor einer napoleonischen Politik im Osten und gibt ihm den Rat, die Gebiete, auf die seine natürliche Anziehungskraft wirkt, sich staatsrechtlich anzugliedern, für die Unabhängigkeit der andern sich aber in keiner Weise einzusetzen.

Dafür möge Oesterreich sich ebenso staatsrechtlich Polen angliedern, da es auf diese Weise die unausbleibliche Vereinigung des Warschauer und Krakauer Polentums erreichen und dies sich nicht gegen die Monarchie richten werde. Dann aber gehe es nicht, die Budlinie der Ukraine zu überlassen.

Der Sowjetkongreß hat den Friedensvertrag mit den Mittelmächten angenommen.

wtb. Bern, 12. März. Der Lyoner „Nouvelliste" meldet aus Moskau:

Der Sowjetkongreß von Moskau hat den Friedensvertrag mit den Mittelmächten mit ungeheurer Mehrheit angenommen. Dies Abstimmungsergebnis lasse auf einen sicheren Erfolg der Volkskommissare der Regierung durch den Sowjetkongreß in Moskau schließen.

„Journal" berichtet, der Umschwung in Moskau sei auf die Ausführungen Lenins zurückzuführen, der in Moskau die Gründe auseinandergesetzt habe, weshalb Rußland den Frieden annehmen müsse. Von 195 Sowjets hätten 110 auf drahtliche Anfrage ein Votum für die Ratifizierung abgegeben. Der stichhaltigste Grund Lenins für die Annahme der Friedensbedingungen sei die vollkommenste Desorganisation der russischen Armee, die jeden Widerstand vergeblich macht.

Aus der Ukraine.

Die „K. Z." meldet aus Berlin vom 11. März: Die Art der Verteilung der aus der Ukraine zu erwartenden Getreidevorräte zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist nunmehr dahin festgesetzt, daß bis zum 31. Juli Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleichviel erhalten, und zwar wird in der ersten Hälfte dieses Abschnittes Oesterreich-Ungarn doppelt so viel beziehen, wie Deutschland, während danach bis zum 31. Juli die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also dann Deutschland die doppelte Menge erhält.

tu. Berlin, 12. März. Wie die „Vossische Zeitung" hört, hat sich die Ukraine verpflichtet, bis Ende April an die Zentralmächte ein Quantum von 6 Millionen Zentnern Brot- und Futtergetreide, 400 000 Zentner Gefrierfleisch und 200 000 Zentner Dörrobst zu liefern. Als Kompensation werden landwirtschaftliche Maschinen, chemische und medizinische Artikel und Eisen gewährt. Bei alledem darf aber nicht vergessen werden, daß mit großen Verkehrsschwierigkeiten zu rechnen ist, sodaß die Lieferungen sich erst in einigen Monaten bei uns geltend machen können.

wtb. Wien, 12. März. Wie die Blätter melden, verlaufen die Bewegungen der österreichisch-ungarischen Truppen in der Ukraine programmäßig. Es werden überdies organisatorische Vorkehrungen getroffen, damit die Herbeischaffung der Lebensmittel aus der Ukraine in möglichst kurzer Zeit erfolgen kann.

Rumänien.

Wien, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß die Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Zentralmächten und Rumänien keinem Hindernis begegnen wird, und daß man sich gegenüber einem evtl. Wunsche Rumäniens nach Schaffung eines engeren Verhältnisses zwischen den Zentralmächten und Rumänien nicht ablehnend verhalten wird. Auch wird man sich nicht ablehnend verhalten, wenn die Erwerbung eines von Rumänien begehrten Teiles Beßarabiens zur Erörterung kommen sollte. Die Erwerbung russischen Gebietes soll Rumänien eine Entschädigung für die Dobrudscha bieten.

Wien, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Der rumänische Gesandte in London, Dr. Mischu, ist, aus Paris kommend, in Bern eingetroffen. Er begibt sich von hier aus nach Rumänien, um den Posten des Ministers des Aeußern im Kabinett Averesen zu übernehmen.

Wien, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt, ist Dr. Mischu nach eingeweihten Kreisen ein geschickter Vertreter Rumäniens, der umfassende Kenntnisse hat und über Bulgariens und Oesterreich-Ungarns Verhältnisse unterrichtet ist.

Japanische Streitkräfte nach Sibirien

wtb. Amsterdam, 11. März. „Algemeen Handelsblad" zufolge berichtet der Washingtoner Korrespondent der New-Yorker World, daß es jetzt wohl sicher sei, daß starke japanische Streitkräfte nach Sibirien und der nördlichen Mandschurei gesandt werden. Vielleicht wird sich ihnen eine russische Division anschließen, die aus Soldaten zusammengestellt ist, die den Alliierten freundlich gesinnt sind und sich nach Japan und dem nördlichen Sibirien vor den Bolschewiki geflüchtet haben. Fürst Lwow, der jetzt in Peking ist, würde wahrscheinlich die Führung dieser Division übernehmen. Es sind Offiziere bestimmt worden, um die chinesischen Divisionen zu kommandieren, die sich den Japanern anschließen werden.

*

tu. Basel, 12. März. Wie „Matin" offiziös mitteilt, wird die Entente eine Kundgebung erlassen, in der erklärt wird, sie erkenne den Friedensvertrag von Brest-Litowsk nicht an, der berechnet sei auf die Zerstückelung Rußlands. Zur Durchführung ihrer Politik wird im Einvernehmen mit dem russischen Volke die Hilfe Japans in Anspruch genommen werden. Zunächst werde Japan verhindern, daß sich die Deutschen der sibirischen Eisenbahnen bemächtigten, sowie der dort lagernden Vorräte.

Genf, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach Pariser Meldungen aus Washington ist bei dem amerikanischen Kongreß von 16 Senatoren ein Antrag eingegangen, der Präsident solle Japan gegenüber Einspruch gegen die Handlungen in Sibirien erheben, um die demokratischen Ziele auch in Ostsibirien zu wahren. Wie die französischen Blätter weiter melden, wurde das japanische Interessengebiet in Sibirien bis zur Linie Irkutsk festgesetzt.

Die Mobilisierung der chinesischen Armee sei jedenfalls nicht durchzuführen, da dem Präsidenten die innere chinesische Lage ernste Sorge bereitet.

Wiederum Vergeltungsbomben auf Paris.

wtb. Großes Hauptquartier, 12. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte am frühen Morgen an vielen Stellen der Front, namentlich zwischen der Lys u. Scarpe, rege Tätigkeit. Auch in den Abendstunden lebte der Feuerkampf vielfach auf. Im Vorfelde der beiderseitigen Stellungen kam es zu kleineren Infanterie-Gefechten.

Das Feuer englischer Artillerie auf rückwärtige Ortschaften forderte zahlreiche Opfer unter der französischen Bevölkerung. Auch Cambrai erhielt mehrere Schuß schwersten Kalibers.

Zur Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe am 9. und 10. März auf Stuttgart, Eßlingen, Untertürkheim und Mainz haben unsere Flieger in letzter Nacht Paris ausgiebig und erfolgreich mit Bomben belegt.

Leutnant Freiherr von Richthofen errang seinen 27. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

wtb. Berlin, 12. März, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts neues.

*

Basel, 12. März. Wie Havas heute aus Paris meldet, haben feindliche Flugzeuge neuerdings die Stadt Paris angegriffen. Um 9.10 Uhr abends wurde Alarm gegeben. Es wurden 7 Geschwader mit Flugrichtung auf Paris gesichtet. Um 10.15 Uhr wurden mehrere Einschlagpunkte festgestellt. Es gab Opfer und Sachschaden. Einzelheiten werden noch mitgeteilt.

Basel, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Eine Havasmeldung von heute nachmittag besagt:

Der Alarm war um 12.15 Uhr beendet. Nach den ersten Nachrichten ist es nahezu 60 feindlichen Flugzeugen gelungen, unsere Linien zu überfliegen. Dank unserer Abwehr und unserem Sperrfeuer vermochten einige Apparate ihr Ziel nicht zu erreichen. Immerhin wurden auf Paris und in der Umgebung zahlreiche Bomben abgeworfen. Mehrere Gebäude wurden zerstört oder in Brand gesetzt. Die Zahl der Opfer ist noch nicht ermittelt.

Basel, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer weiteren Havasmeldung wurde 5 Kilom. von Chateau Thierry ein deutsches Flugzeug abgeschossen und die Insassen gefangen genommen.

Auch Bomben auf Neapel.

wtb. Berlin, 12. März. (Amtlich.) Marineluftstreitkräfte haben in der Nacht vom 10. zum 11. März die militärischen Einrichtungen von Neapel, sowie die Eisenwerke Bagnoli ausgiebig und wirkungsvoll mit Bomben belegt.

Basel, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" aus Rom führte in der Nacht zum 11. März ein feindliches Flugzeug gegen 1 Uhr einen Angriff auf die Stadt Neapel aus. Es warf im ganzen etwa 20 Bomben über der Stadt ab, die das Zentrum trafen. Kein militärischer Schaden. Unter der Zivilbevölkerung sind einige Opfer zu beklagen, darunter 7 Insassen eines Schwesternhospitals. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig.

Dazu wird weiter gemeldet:

Der Angriff eines feindlichen Luftschiffes auf Neapel, der 16 Tote und 50 Verwundete forderte, hat in Italien lebhafte Ueberraschung und großen Schrecken verursacht, da man sich im Südwesten in größter Entfernung vom Feinde für absolut sicher glaubte. Die Presse sagt, daß das Luftschiff an der Küste Dalmatiens in 350 bis 400 Kilometer Entfernung aufgestiegen sei.

Der Wiener Bericht.

Wien, 12. März. Amtlich wird verlautbart: Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Der U-Boot-Bericht.

wtb. Berlin, 12. März. (Amtlich.) Eins unseres Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant von Glasenapp, hat an der Westküste Englands fünf Dampfer und einen Segler mit zusammen 28 700 Br.-Reg.-To. Schiffsraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei besonders wertvolle Dampfer von je etwa 6000 Br.-Reg.-To. Alle Dampfer waren bewaffnet und mit einer Ausnahme tief beladen; namentlich konnten festgestellt werden der bewaffnete englische Dampfer „Birschleaf" (5847 Br.-Tonnen), der nach der Torpedierung mit Artillerie in Brand geschossen, und dessen Kapitän gefangen eingebracht wurde, und der englische Dampfer „Hailsybury" (2888 Br.-Reg.-To.).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

wtb. Berlin, 11. März. „Pregrès de Lyon" meldet aus Paris:

Der frühere deutsche Dampfer „Nürnberg" (3780), den Frankreich für Senegambien in Dienst gestellt hat, wurde von einem unbekannten Dampfer versenkt.

Genf, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In französischen Häfen sind nach amtlichen Meldungen in der letzten Woche 11 Schiffe als überfällig gemeldet worden.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 12. März.

Vor einem schwach besetzten und ziemlich teilnahmlosen Hause nahm der Reichstag am Dienstag seine Sitzungen wieder auf. Zunächst gab es eine Reihe kleiner Anfragen.

Der Sozialist Quark klagte über die ungleichmäßige Kohlenversorgung der deutschen Städte, worauf ein Vertreter des Reichswirtschaftsamts eine beruhigende Auskunft gab. Auf eine Anfrage des Abg. Scheef (S.), ob nicht den Gerste bauenden Landwirten statt Brotgetreide eine entsprechende Menge ihrer Gerste belassen werden könnte, erklärte Unterstaatssekretär v. Braun vom Kriegsernährungsamt, daß eine solche Ausnahme unmöglich sei. Auf eine Anfrage des Abg. v. Graefe wegen der Festhaltung des deutschen Begleitschiffes Igotz Mendi teilte ein Vertreter des Auswärtigen Amts mit, daß der Protest in Kopenhagen hoffentlich alsbaldige Freilassung der Besatzung zur Folge haben werde.

Die 1. Lesung des neuen Reichstagsgesetzes, das bekanntlich die Zahl der Abgeordneten von 397 auf 441 erhöht, eine Reihe von Wahlkreisen zusammenlegt, und für die neu gebildeten, sowie einige andere Riesenwahlkreise — Groß-Berlin, Oberschlesien, Sachsen, Rheinland-Westfalen usw. — die Verhältniswahl einführt, gestaltete sich ungewöhnlich nüchtern. Es galt auch für die Einführungsrede des Staatssekretärs Wallraf, der sich auf einige historische und begleitende Darlegungen beschränkte und erwies, warum die Regierung es nur bei einer Teilreform habe bewenden lassen.

Von den Rednern des Hauses begrüßte der Abg. Kuckhoff (Ztr.) die Vorlage warm. Die Verhältniswahl werde günstig wirken. Süddeutschland erscheine nach wie vor benachteiligt, ebenso einige große Mittelstädte. Redner beantragte die Ueberweisung an die Verfassungskommission und sprach die Hoffnung aus, daß das Gesetz sehr schnell verabschiedet werden möge, schon um dem Preußischen Landtag ein Beispiel zu geben.

Auch der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, der Abg. Dr. Müller-Meiningen, der sich auf kurze Erklärungen beschränkte, freute sich über die Vorlage, wenn sie auch nur ein Notgesetz sei und dem bisherigen Pluralwahlrecht ein Ende mache.

Der nationalliberale Abg. Junck wandte sich gegen die Behauptung, daß die Vorlage arbeiterfeindlich sei. In Leipzig, wo bisher ein Bürgerlicher und ein Sozialdemokrat gewählt sei, dürften künftig drei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt werden.

Gegner fand die Vorlage nur auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken. Der Redner der großen sozialdemokratischen Partei, der Abg. Dr. Gradnauer, erklärte den Entwurf für eine zwiespältige und zum durchaus ungenügende Erfüllung der Helfferichschen Versprechungen. Abg. Dr. Erdmann sprach sich noch entschiedener gegen die Vorlage aus, die zu Zwecken gegeben werde, mit denen seine Partei nichts zu tun haben wolle: zur Erfüllung der Stresemannschen Kriegsziele. Er verstieg sich zu dem Ausruf, es wäre besser gewesen, wenn die deutsche Arbeiterschaft, statt jetzt im Kriege hunderttausende der Ihrigen zu opfern, schon im Frieden ähnliche Opfer für die Erkämpfung der Freiheit gebracht hätte. So lehnten die Unabhängigen die Vorlage als ein Hindernis für eine wirkliche Reform ab.

Die Konservativen wahren sich ihre Stellungnahme bis zum Ergebnis der Ausschußberatungen. Ihr Redner, Dr. v. Veit, hatte namentlich gegen die Verhältniswahl *starke Bedenken, die zwar unmoralische Wahlbündnisse beseitige*, aber Berufsparlamentarier züchte. Ein seltsamer Widerspruch sei es, daß die Begründung der Vorlage die allgemeine Einführung der Verhältniswahl ablehne.

Eine besonders interessante Rede hielt auch diesmal wieder Graf Posadowski, der darauf hinwies, daß die Bevölkerungsverschiebung immer mehr den Reichstag zu einer Vertretung der großen Städte mache. Eine weitere Vermehrung der Abgeordneten würde zudem die Verhandlungen weiter verlängern und die Resonanz dieser Verhandlungen im Volke entsprechend vermindern. Es ist also ein numerus clausus, die Festsetzung einer bestimmten Höchstzahl von Abgeordneten auf längere Zeit hinaus und die Abkehr von der bloßen Verteilung der Mandate auf die Bevölkerung.

Die Vorlage wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Den Weg in die Kommission mußte dann auch die Postnovelle antreten, die bekanntlich die Ueberweisungsgebühr von 3 Pfg. aufheben und ebenso die Briefe der Kontoinhaber an das Postscheckamt freilassen will.

Der Staatssekretär des Reichspostamts, Nüdlin, der sich bei dieser Gelegenheit zum erstenmale dem Hause vorstellte, begründete die Vorlage. An der Debatte beteiligten sich u. a. die Abgg. Taubadel (Soz.), Siebr (F. Vpt.) und Schulenburg (Natl.).

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Mittelstandsinterpellation des Zentrums.

Schluß 3/4 7 Uhr.

*

wtb. Berlin, 12. März. Der Aeltestenrat des Reichstages einigte sich heute bezüglich des Arbeitsplanes für die nächsten Tage dahin:

Mittwoch und Donnerstag soll der heute nicht zur Erledigung kommende Rest der Tagesordnung durchberaten werden, dazu der Gesetzentwurf, betr. Kriegszuschläge zu den Kriegskosten in 1. Lesung. Ob die Kreditvorlage erst in der nächsten Woche zur Beratung gestellt werden wird, wird der Aeltestenrat Donnerstag entscheiden. Der Sonnabend soll sitzungsfrei bleiben, damit der Hauptausschuß die kurländische und livländische Frage erörtern kann

Nationalliberale Wiedergeburt.

Der Beschluß des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei Deutschlands vom 10. März wird in der Parteigeschichte von bleibender Bedeutung sein. Die Entschließung, die die Einführung des gleichen Wahlrechts für die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhause als Staatsnotwendigkeit erklärt und die Landtagsfraktion bittet, unter Zurückstellung gewichtiger Bedenken sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen, ist insgesamt mit 104 gegen 24 Stimmen angenommen worden, wobei von den preußischen Mitgliedern des Zentralvorstandes 64 ihre Stimme dafür und 21 dagegen abgegeben haben. Ins Gewicht fällt bei diesem Beschluß noch, daß er nach einem Referat des Abg. Dr. Lohmann erfolgte, wenn auch an diesen Vortrag sich eine lebhafte Aussprache knüpfte. Die nationalliberale Partei hat damit das Gebot der Stunde erkannt. Ihre oberste Instanz hat gesprochen, und man darf wohl annehmen, daß diejenigen Landtagsabgeordneten, die nicht gewillt sind, sich diesem Spruch zu fügen, die entsprechenden Folgerungen daraus ziehen werden und auf den Bänken der Konservativen Platz nehmen, wohin sie gehören. Wenn sie das nicht von selbst tun, so muß die Partei sie im Interesse ihrer Autorität dazu nötigen. Der hochfreuliche Beschluß vom 10. März wird seine volle Bedeutung nur haben, wenn die entschlossene Tat dahinter steht. Immerhin soll anerkannt werden, daß die nationalliberale Partei mit ihrem Beschluß sich zu den liberalen Ueberlieferungen ihrer Partei bekannt hat. Gerade darum ist er eigentlich nichts Besonderliches. Schon in dem ersten nationalliberalen Wahlaufruf 1867 gelobte die Partei, „ununterbrochen darauf hinzuarbeiten, die Verfassung auszubauen und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zur Grundlage des öffentlichen Lebens zu machen, für eine wirksame Ministerverantwortlichkeit einzustehen, die Reform des Herrenhauses als Vorbedingung aller Reformen zu betrachten und den anderen Fraktionen der liberalen Partei nicht feindselig entgegenzutreten, denn wir fühlen uns eins mit ihnen im Dienste der Freiheit." — Man sieht, daß der jetzige Beschluß nur eine Wiederanknüpfung an das ist, was die nationalliberale Partei in ihrer Geburtstagsstunde für die einzig mögliche Politik hielt. In diesem Sinne kann man durchaus von einer nationalliberalen Wiedergeburt sprechen.

Die Aussichten des gleichen Wahlrechtes sind durch den nationalliberalen Beschluß zwar etwas gestiegen, aber nichts wäre verfehlter, als wenn sich seine Anhänger und die Regierung nun in Sicherheit wiegen wollten. Im Verfassungsausschuß betreiben die Konservativen nach wie vor eine zielbewußte Sabotage gegen das gleiche Wahlrecht. Sie haben die Zentrumsanträge auf verfassungsmäßige Gewährleistung der Konfessionsschule abgelehnt, obwohl sie programmatisch auf dem Boden der konfessionellen Schule stehen. Ihre klare Absicht ist, damit das gleiche Wahlrecht dem Zentrum zu verekeln. Ihr Sprecher im Ausschuß hat deutlich gesagt, daß die einzig wirkliche Sicherung der Interessen und der Rechte der Kirche die völlige Ablehnung des gleichen Wahlrechts sei. Das Zentrum wäre sehr schlecht beraten, wenn es sich nun seine Taktik von den Konservativen vorschreiben ließe. Eine Gefahr für die kirchlichen Interessen besteht umsoweniger, als das Herrenhaus so rückschrittlich zusammengesetzt werden soll, daß von einer Radikalisierung in den Kulturfragen künftig wirklich nicht die Rede sein kann. Zentrumsvertreter, die dennoch die konservative Haltung als bequemen Vorwand für eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts betrachten sollten, würden ihre Partei ähnlich schädigen wie die nationalliberalen Gegner des gleichen Wahlrechts.

Der Widerspenstigen Zähmung.

Die Verhandlungen im Hauptausschusse des deutschen Reichstages über gewisse Mißstände in der Rüstungsindustrie, insbesondere die Weigerung namhafter Firmen, ihre Bücher den Vertretern der Militärbehörden zur Prüfung zu unterbreiten, werfen ein seltsames Schlaglicht auf die ungesunde Entwicklung, in die allmählich die deutsche Rüstungsindustrie hineingeraten ist. Die Preisentwicklung, die ja schließlich rückwirkend auch auf die Löhne sich erstreckt hat, ist bis zu einer Grenze gediehen, die schwere volkswirtschaftliche Gefahren in sich birgt. Deutschlands industrielle Ueberlegenheit beruhte vor dem Kriege schließlich auch in der Konkurrenzfähigkeit seiner Industrie. Der amerikanische Schiffsbau war beispielsweise gegenüber dem deutschen infolge der hohen amerikanischen Löhne unrentabel. Trotzdem auch im Auslande eine Revolutionierung des Preisprozesses nach oben stattgefunden hat, scheinen wir doch an der Spitze zu marschieren. Wenn bei Besprechung der Daimler-Gewinne im Hauptausschuß festgestellt worden ist, daß ein Automobil, für das in Deutschland 12 000 M gezahlt werden, in Amerika nur 5000 M kostet, so liegt darin eine große Gefahr für die Zeit nach dem Kriege. Es wird ungeheuer schwer sein, die Preise dann wieder auf einen Stand zu bringen, der uns die internationale Konkurrenzfähigkeit gewährleistet. Dieser Gesichtspunkt ist zweifellos der allerwichtigste bei den ganzen Vorgängen. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Verhalten der Daimler-Werke etwa weniger verwerflich sei. Niemand wird den Spezialfirmen der deutschen Rüstungsindustrie die Anerkennung für ihre Leistungen versagen, die uns erst in den Stand gesetzt haben, den Krieg mit erfolgreichem Material zu führen. Aber diese Anerkennung findet ihre klare Grenze an den Interessen des Gemeinwohls. Die Daimler-Werke haben in den beiden Kriegsjahren 1915 und 1916 28—35 Prozent Dividende verteilt. Sie nahmen noch heute als Grundlage für ihre Preiskalkulation den vor dem Kriege hergestellten Probe-Motor, der längst Massenartikel geworden ist. Nach der Mitteilung des Berichterstatters im Hauptausschuß beträgt der Preis für einen solchen Motor 5000 M und bei 40 Prozent Gewinn würde er 7000 M kosten. Die Firma verlangte aber 15 000 M seither und beanspruchte für die Zukunft einen Preiszuschlag von 50 Prozent. Dem Faß den Boden schlug aber die Drohung aus, ihre Produktion einzuschränken, wenn sie den Zuschlag nicht erhalte. Es ist klar, daß hier ein nationales Interesse vorliegt, die Rüstungsindustrie einer genauen Kontrolle zu unterwerfen. Der Hauptausschuß des Reichstages will eine Bundesratsverordnung, die den Reichskanzler ermächtigt, Einsicht in die Geschäftsbücher der Kriegsindustrie zu nehmen. Die Militärbehörden erklären zwar, daß sie auch ohne eine solche Verordnung ausreichende Machtmittel in der Hand hätten, und sie haben den Daimler-Werken kurzerhand eine militärische Leitung gegeben. Das war in diesem Falle zwar unbedingt notwendig, aber es erscheint doch zweckmäßig, hier eine Rechtsbasis zu schaffen. Darüber hinaus ist es aber notwendig, daß der Begriff des „übermäßigen Gewinnes" im Sinne der Kriegswucherverordnung vom 23. Juli 1915 sich nicht nur auf den Handel, sondern auch auf die Industrie erstreckt. Der Prozeß gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Philippi in Wiesbaden hat das überzeugend dargetan. Dieses gesetzgeberische Vorgehen, das außerdem von einer verschärften Besteuerung der Kriegsgewinne begleitet sein muß, ist nicht nur notwendig, um widerspenstige Firmen zu zähmen, sondern auch um einer weitgehenden Beunruhigung im Volke entgegenzuwirken.

Die Zerstörung der „nordischen Brücke".

Was Japan eben in Sibirien vorbereitet, wird sehr verschieden gedeutet. Die englische und französische Presse bemüht sich nachzuweisen, daß die Besetzung der ostsibirischen Häfen durch japanische Truppen im Interesse der Entente notwendig sei. Die Amerikaner dagegen registrieren mit schwer verhehlter Wut, daß ihr jetziger Bundesgenosse und tatsächlicher Feind bei dieser Aktion selbständige Wege einschlägt, die man sorgfältig und argwöhnisch beobachten müsse. Wir Deutschen können in diesem Vorgehen Japans jedenfalls nur eine Stärkung des japanischen Einflusses auf dem ostasiatischen Festlande und eine gleichzeitige Schwächung Englands sehen. Englands Vorherrschaft in Ostasien ist für die Zukunft schwer bedroht, besonders wenn es sich, wie wahrscheinlich, um ein gemeinsames Vorgehen mit China handelt, denn in den neuesten Meldungen ist auch von chinesischen Hilfstruppen der Japaner die Rede.

Aber auch auf einem anderen Gebiet hat England durch die Ereignisse der letzten Wochen eine schwere Enttäuschung erlebt. Sein sorgfältig vorbereiteter Zukunftsplan war, durch die Schaffung der sogenannten „nordischen Brücke" eine direkte Handelsverbindung mit Rußland unter Umgehung des Bundes herzustellen. Dampffähren sollten die Waren aus England in einen schwedischen Hafen führen, und nach der Durchquerung Schwedens sollten wiederum Dampffähren den Verkehr mit einen Hafen Finnlands oder Estlands vermitteln. Schweden wäre für diesen Plan leicht zu gewinnen gewesen, da seine Durchführung ihm große wirtschaftliche Vorteile gebracht hätte, und in Finnland und Estland wurde durch große Landankäufe u. Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen der Boden für die Zukunftsaktion vorbereitet. In Estland schien ein Teil der Bevölkerung, nämlich die Esten, nicht abgeneigt, auf diesen Plan einzugehen, um dem russischen Chaos zu entfliehen. Nun ist aber die deutsche Ordnungsmacht dort eingerückt und dadurch haben die zahlreichen Anhänger einer deutschen Zukunftsorientierung die Oberhand gewonnen. Daß aber Deutschland fest entschlossen ist, jede Möglichkeit einer englischen Festsetzung in den ehemals russischen Ostseegebieten von vornherein abzuschneiden, beweist der eben abgeschlossene Friedensvertrag mit Finnland. Artikel 1 dieses Vertrages enthält nämlich die sehr wichtige Bestimmung, daß Finnland sich verpflichtet, „keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abzutreten, noch einer solchen Macht ein Servitut an seinen Hoheitsrechten einzuräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben." Damit ist England matt gesetzt. Die schöne „nordische Brücke" wird ein Phantasiegebilde bleiben, an der Ostsee werden künftig neben Deutschland nur noch die Anliegerstaaten dieses Meeres einen bestimmenden Einfluß haben. Diesen großen Erfolg haben wir unseren diplomatisch ausgebeuteten militärischen Siegen zu danken.

Auch sonst bietet der Friedensvertrag mit Finnland erfreuliche Ausblicke. Die Finnländer haben stets mehr freihändlerischen Grundsätzen gehuldigt und ihre staatsrechtliche Sonderstellung gegenüber Rußland zu einer ganz abweichenden Handelspolitik benützt. Der schon früher lebhafte deutsch-finnländische Handelsverkehr wird sich auf der Grundlage des neuen Vertrages sicher noch stärker entwickeln, wenn erst der durch die Kriegsverhältnisse, vor allem die noch immer drohende Minengefahr, behinderte Schiffsverkehr wiederhergestellt ist. Holz und Holzprodukte, besonders Papier, werden wir dann aus Finnland reichlich erhalten können.

Diese Handelsbeziehungen werden sich auf Grund eines freundschaftlichen politischen Verhältnisses entwickeln, denn Finnlands Volk wird es in dankbarer Erinnerung bewahren, daß unsere Truppen jetzt eben als Befreier von der russischen Gefahr und dem revolutionären Terror im Innern erscheinen und dadurch erst die Konsolidierung des jungen Staatswesens in seiner kritischen Werdezeit ermöglichen.

Herford und Minden-Ravensberg.

13. März.

Herforder Steuerfragen.

Infolge des verhältnismäßig günstigen Abschlusses der Kämmereikasse ist in der Bürgerschaft vielfach die Frage erörtert, ob nicht eine Ermäßigung der kommunalen Steuern angezeigt sei. Es lassen sich dafür ohne Zweifel eine Reihe sehr wichtiger Gründe anführen, aber sie wiegen nicht so schwer, daß man ihnen Folge geben durfte. Es ist unseres Erachtens vielmehr richtig gewesen, daß Magistrat und Stadtverordnete sich für Beibehaltung der bestehenden Sätze entschieden haben. Einmal ist es an sich schon von unbestreitbarem Vorteil, wenn die kommunale Steuerpolitik, solange es irgendwie möglich ist, in ihren Grundlagen unverändert bleibt und Schwankungen vermeidet. Zum andern aber, wäre eine Verminderung der städtischen Einnahmen in diesem Augenblick auch unklug gewesen.

Den Gemeinden stehen nach Kriegsende ungeheure Aufgaben bevor, deren Erledigung dann nicht mehr aufgeschoben werden darf und die sehr erhebliche Mittel beanspruchen. Die Jahre 1920, 1921 und 1922 werden nur von solchen Kommunen ohne Erschütterung ihres Finanzwesens überstanden werden, welche klug vorgebaut haben. Der Steuerausgleichfonds, den Herford, wenn nicht alles täuscht, im kommenden Jahr auf 600 000 M gebracht haben wird, ist eine solche vorsorgende Maßnahme, die man lebhaft begrüßen muß. Viel gesunder ist es, diesen Fonds aufzufüllen, als jetzt die Steuern zu ermäßigen. Augenblicklich kommt die wirtschaftliche Hochkonjunktur unserer Bürgerschaft fast allgemein zugute. Wie sich die Dinge aber nach dem Kriege gestalten werden, steht dahin. Unbestreitbar ist jedenfalls, daß dann eine Menge Existenzen neu wieder begründet werden müssen, die vernichtet sind. Ihnen allen würde es viel abträglicher sein, wenn sie höhere Abgaben zu leisten hätten wie vor dem Krieg, während umgekehrt die Aufbringung der Lasten unter den heutigen Verhältnissen wesentlich geringeren Schwierigkeiten begegnet.

Eine Uebersicht über die Verteilung der Kommunalsteuer gewährt in dieser Beziehung geradezu überraschende Einblicke. Es waren hier veranlagt 7023 Personen mit einem Einkommen von 900—3000 M. Sie brachten 259 242 M Gemeinde-Einkommensteuer auf, von welcher Summe 109 077 M abzusetzen ist für 3317 als Kriegsteilnehmer freigestellte Personen. Würde in diesem Jahr eine Ermäßigung von, sagen wir einmal 30 Prozent, eingetreten sein, so bedeute das eine monatliche Ermäßigung für den einzelnen Zensiten von wenigstens 6 Pfg. bis höchstens 1,30 M, im Durchschnitt von 0,41 M. Das ist ein so geringfügiger Betrag, daß er eine nennenswerte Be- bezw. Entlastung keinesfalls darstellt.

Die Gruppe von 3000—6000 M zählte 414 Personen, die 62 222 M aufbrachten; eine Ermäßigung hätte für sie eine Verminderung der Steuerpflicht von monatlich wenigstens 0,53 M bis höchstens 3,65 M, durchschnittlich von 1,50 M, zur Folge. Auch das sind sehr unwesentliche Beträge.

Anders stellen sich die Verhältnisse schon in der folgenden Gruppe von 6000 bis 10 500 M Einkommen. Hier leisteten 131 Personen 52 222 M Gemeinde-Einkommensteuer. Sie wären schon durch eine Ermäßigung monatlich um 1,50 bis 7,50 M (durchschnittlich 3,98 M) entlastet worden. Noch bedeutsamer wäre jedoch eine Ermäßigung für die nächste Gruppe (10 500—20 500 M Einkommen). Ihr gehören in unserer Stadt 87 Zensiten an, welche zusammen 80 710 M Gemeinde-Einkommensteuer aufbringen. Träte eine Herabsetzung der Seteuern ein, so würde der Einzelne durchschnittlich um 9,28 M im Monat entlastet, wenigstens um 3,30 M, höchstens um 15 M. Am stärksten entlastet würden aber die 104 Steuerzahler, die zu einem Einkommen von mehr als 20 500 M verlagt sind und 457 835 M Gemeinde-Einkommensteuern aufbringen. Für sie würde eine Ermäßigung von 15,75 M bis 225 M im Monat, durchschnittlich um 44,02 M eintreten.

Wir haben hiernach also die selbstverständliche Tatsache zu verzeichnen, daß eine Steuerermäßigung gerade für diejenigen von wirklich nennenswertem Vorteil wäre, welche die höchsten Einkommen haben, also am ehesten in der Lage sind, die Abgaben zu leisten. Während bei der untersten Stufe nur eine Verminderung der monatlichen Steuerleistung von 6 Pfg. bis 1,30 M bewirkt würde, stellt sie sich in der höchsten Stufe auf 15,75 M bis 225 M. Damit ist klar erwiesen, daß die schwachen Schultern nur sehr unerheblich, die starken dagegen sehr wesentlich entlastet würden. Eine solche Steuerpolitik würden wir für grundverkehrt halten, und darum erscheint uns die Beibehaltung der jetzigen Steuersätze als der allein richtige und gegebene Schritt.

Je höher die kommunalen Einnahmen jetzt sind, desto mehr Mittel können dem Steuerausgleichfonds zugeführt werden, und desto besser werden wir über kritische Zeiten hinwegkommen, in denen die Minderleistungsfähigen sehr geschont werden müssen.

*

Ueber die Verteilung der Gemeinde-Einkommensteuer

auf die einzelnen Steuerstufen gibt folgende Uebersicht Aufschluß:

Es brachten auf	7023	Personen	18,70 %	des Gesamtsteuersolls
	414	„	7,75 %	„
	131	„	6,50 %	„
	87	„	10,05 %	„
	104	„	57,00 %	„

Die auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 8. Kriegsanleihe.

Wie bereits mitgeteilt, werden zur 8. Kriegsanleihe neben den 5 prozentigen Schuldverschreibungen wiederum 4½ prozentige Schatzanweisungen ausgegeben, die den Ausgabebedingungen nach mit den zur 6. und 7. Kriegsanleihe aufgelegten Schatzanweisungen übereinstimmen. Der Ausgabekurs von 98 Prozent gewährleistet den Zeichnern einen Zinsgenuß von 4,6 Prozent und der Auslosungskurs von 110 Prozent eröffnet ihnen die Aussicht auf einen Gewinn von 12 Prozent. Die Schatzanweisungen werden halbjährlich gruppenweise ausgelost und müssen spätestens zum 1. Juli 1967 getilgt sein. Der Auslosungsgewinn kann im übrigen in späteren Jahren noch größer werden, weil bei einer Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Prozent, die — im Wege der Kündigung — frühestens am 1. Juli 1927 erfolgen kann (aber erst viel später zu erfolgen braucht), der Auslosungskurs auf 115 Prozent heraufgesetzt wird. Bei einer weiteren Herabsetzung des Zinsfußes auf 3½ Prozent, die das Reich frühestens 10 Jahre nach der ersten Kündigung vornehmen kann, steigt der Auslosungskurs sogar auf 120 Prozent. Wer aber von diesen gesteigerten Gewinnmöglichkeiten von 17 Prozent oder 22 Prozent keinen Gebrauch machen will, kann sich bei jeder der beiden Kündigungen seine Schatzanweisungen zum Nennwert (nicht zum Ausgabekurs) auszahlen lassen.

Unter diesen Umständen wird auch bei Manchem der Wunsch rege werden, seinen Besitz an früheren Kriegsanleihen in neue 4½ prozentige Schatzanweisungen umzutauschen. Entgegenkommender Weise hat daher die Reichsfinanzverwaltung bestimmt, daß die Zeichner von 4½ prozentigen Schatzanweisungen zugleich den doppelten Betrag der vorher erwähnten Papiere umtauschen können.

Die günstigen Gewinnaussichten, die Verringerung der Anzahl der Schatzanweisungen durch die Tilgung, ferner die gute Verzinsung werden, zumal die glücklichen Besitzer von ausgelosten Stücken stets geneigt sein werden, sich Ersatzstücke zu beschaffen, zweifellos die beste Wirkung auf den Kursstand dieses Wertpapieres ausüben. Die Entschließung, ob man Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen wählen soll, muß natürlich jeder selbst treffen. Aber gerade für denjenigen, der sein Geld auf längere Zeit anlegen will, bilden die 4½ prozentigen Schatzanweisungen infolge des sicheren Gewinnes eine vorzügliche Kapitalsanlage. Daher sollte jeder Kapitalist, insbesondere die großen Vermögensverwaltungen, die Banken, Sparkassen, Genossenschaften, Versicherungsgesellschaften, industriellen Unternehmungen u. s. w. der Frage der Zeichnung von Schatzanweisungen besondere Beachtung schenken. Die erste Auslosung dieses anläßlich der 6. Kriegsanleihe neugeschaffenen Wertpapiertyps hat übrigens schon stattgefunden. Am 1. Juli dieses Jahres werden vier Gruppen dr Schatzanweisungen mit 110 Prozent zurückgezahlt. Den Inhabern der Schatzanweisungen der 8. Kriegsanleihe winkt die erste Auslosung ebenfalls sehr bald, nämlich im Januar nächsten Jahres, und zwar wird im ersten Auslosungstermin, um diese neuen Schatzanweisungen denen der 6. und 7. Kriegsanleihe völlig gleichzustellen, die dreifache Anzahl von Gruppen wie in den gewöhnlichen Terminen ausgelost werden.

kk. **Direkte Gemeindesteuern.** Auf den Kopf der Bevölkerung betrugen im Jahre 1910 die direkten Gemeindesteuern in sämtlichen preußischen Gemeinden durchschnittlich 21,30 M, bei den Städten allein 29,78 M und bei den Landgemeinden 12,74 M. Von diesen Kopfbeträgen entfielen auf die Einkommensteuer 11,86 M in den Gemeinden überhaupt, 17,45 M in den Städten und 6,21 M in den Landgemeinden. Von den Landesteilen wies der Stadtkreis Berlin mit 41,83 M den höchsten Kopfbetrag an direkten Gemeindesteuern auf. In großem Abstande folgten die Rheinprovinzen Schleswig-Holstein, Brandenburg, Westfalen und Hessen-Nassau mit 25,47 M, 34,94, 23,38, 22,87 und 22,86 M. Am niedrigsten waren die auf 1 Einwohner entfallenden direkten Gemeindesteuern mit 14,27, 13,84, 11,34 und 9,67 M in Westpreußen, Ostpreußen, Hohenzollern und Posen.

= **Der Handel mit Kerzen.** Die Kriegsschmierölgesellschaft hat in Erfahrung gebracht, daß Kerzen anhaltend zu hohen Preisen unter Umgehung der Vorschriften in den Handel gebracht werden. Darum wird nochmals darauf hingewiesen: Kerzen dürfen nur in Packungen von 500, 330 oder 250 Gramm in den Handel gelangen, welche auf der Außenseite in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise und in deutscher Sprache folgende Angaben enthalten: den Namen, und die Firma sowie den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung dessen, der die Kerzen hergestellt hat; den Kleinverkaufspreis a) für die ganze Packung, b) für die einzelne Kerze; die Anzahl der in der Packung enthaltenen Kerzen. Einzelne Kerzen dürfen nur aus den dazu gehörigen Packungen verkauft werden, daß der Käufer sich von der Richtigkeit des verlangten Preises überzeugen kann; mehr als drei einzelne Kerzen auf einmal abzugeben, ist verboten.

= **Sammelt Arzneikräuter und Teeblätter!** Der Umstand, daß infolge des Krieges die Zufuhr von Pflanzendrogen und Tees aus dem Ausland wesentlich beschränkt ist, hat erfreulicherweise dazu geführt, den einheimischen Arznei- und Teepflanzen mehr als bisher Beachtung zu schenken. Um sachgemäßes Sammeln usw. zu ermöglichen, hat das Kaiserliche Gesundheitsamt in Gemeinschaft mit der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft Merkblätter der wichtigsten einheimischen Arzneipflanzen sowie eine Anleitung zum Sammeln, Trocknen und Aufbewahrung der Pflanzen und Pflanzenteile ausgearbeitet, die im Verlag von Julius Springer in Berlin W. 9, Linkstraße 23/24, erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen sind. Preis eines jeden Merkblattes einschließlich Porto und Verpackung 15 Pfg., von 20 Exemplaren eines Merkblattes an 6 Pfg., von 100 Stück an 4 Pfg. zuzüglich Porto. Außerdem ist eine Buchausgabe aller 32 Merkblätter auf besserem Papier in festerem Umschlag zu 1,80 M erschienen. Um das Sammeln zu erleichtern, hat der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten den Sammlern bei Benutzung der Staatseisenbahnen Fahrpreisermäßigungen zu-

Der tolle Haßberg.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

Gesetzliche Formel für den Schutz des Inhaltes in den Vereinigten Staaten.
Copyright 1915 by Greiner & Comp., Berlin W. 38.

27) (Nachdruck verboten)

„Noch ist es ja nicht so weit, Vater," sagte er aufsteigend. Der alte Herr nickte.

„Noch nicht! Aber in Breitschaft sein, ist alles."

Die beiden Herren besprachen noch mancherlei. Dann zog sich der alte Herr mit ernster Miene zurück.

Und voll Sorgen sah ganz Deutschland den kommenden Dingen entgegen. Solange die Entscheidung noch nicht gefallen war, herrschte die Sorge vor. Noch trug die aufflammende Begeisterung nicht über die Sorge hinweg.

Es war Abend geworden, ehe Heinz von Tondern, wie er sich vorgenommen hatte, Haßberg aufsuchen konnte.

Als er an Haßbergs Wohnung die Klingel zog, erschien dessen Bursche.

„Ist der Herr Rittmeister zu Hause?" fragte Tondern.

Der Bursche kannte Tondern und gab bereitwillig Auskunft, der Herr Rittmeister sei ausgegangen, käme aber spätestens in einer halben Stunde zurück.

Tondern überlegte eine Weile. Dann sagte er entschlossen:

„Ich werde warten, bis der Herr Rittmeister zurückkommt."

Der Bursche ließ ihn in das Zimmer eintreten, nachdem er ihm Hut und Stock abgenommen hatte.

Tondern setzte sich in einen Sessel und sagte den Burscheu, er könne ruhig an seine Arbeit gehen und brauche sich nicht um ihn zu bekümmern.

Dann zog er einige Zeitungen, die auf dem Tisch lagen, zu sich heran und blätterte darin, um sich die Wartezeit zu kürzen.

Aber die Lektüre fesselte ihn nicht. Sein Blick schweifte im Zimmer umher. Er verglich es im Geiste mit den eleganten Räumen seiner eigenen Wohnung. Sehr anspruchsvoll konnte Haßberg nicht sein, um sich in dieser bescheidenen Wohnung wohlzufühlen.

Wie er die Blicke so umherschweifen ließ, entdeckte er plötzlich unter dem Sessell vor dem Schreibtisch einen kleinen, dunklen Gegenstand, der wohl achtlos herabgefallen war. Tonderns Blick schärfte sich unwillkürlich. War das nicht Haßbergs Brieftasche? Ja — er erkannte sie und starrte wie gebannt darauf hin.

Wie magnetisch angezogen blieb sein Blick daran hängen. Sicher war Haßberg die Brieftasche entfallen, ohne daß er es bemerkt hatte.

Ob diese Brieftasche vielleicht etwas enthielt, was ihm Aufschluß geben konnte über das, was zwischen Haßberg und Frau Melanie verhandelt worden war?

Seine Augen funkelten.

Er war durch seine Leidenschaft für Regina und durch seine Eifersucht auf Haßberg völlig aus dem Gleichgewicht gekommen.

Was recht und unrecht war, das hatte sich bei ihm völlig verschoben. Recht erschien ihm alles, was ihn zu Reginas Besitz führen konnte — unrecht alles, was ihn von ihr trennte.

Wieder und wieder wurde er so vom rechten Wege abgedrängt. Ihm, dem sonst nur das Korrekte und Ehrenhafte Richtschnur gewesen, erschienen jetzt alle Begriffe verwirrt.

Auch jetzt unterlag er der Versuchung. Er wolle sich Aufklärung schaffen um jeden Preis. Und da er in dieser Brieftasche eine Aufklärung zu finden hoffte, drängte es ihn, sich einen unerlaubten Einblick in dieselbe zu verschaffen.

Einen Moment lauschte er noch hinaus. Draußen war alles still. Der Bursche war in seine Kammer gegangen.

Da hob Tondern die Brieftasche auf.

Seine Hände waren eiskalt und zitterten. In dem Augenblick, als er die Tasche berührte, sagte eine Stimme in ihm:

„Das ist ehrlos!" Aber trotzdem öffnete er sie.

Das erste, was ihm in die Augen fiel, war ein schmales Kuvert mit Reginas Schriftzügen — der Brief, den Haßberg heute von Regina Baldus erhalten hatte. Haßberg war die Brieftasche entfallen, als er die Kleider gewechselt hatte um schnell einen dienstlichen Gang anzutreten — und er hatte es nicht bemerkt.

Tondern starrte auf Reginas Brief herab. Vergessen war, was er in der Brieftasche suchen wollte. Ihn interessierte nur dieser Brief.

Unsicher sah er zur Tür. Der Bursche würde ihn nicht stören. Und wenn Haßberg heimkam, dann hörte er die Flurtür gehen und konnte die Brieftasche schnell wieder unter den Sessell werfen.

Zögernd faßten seine Hände nach dem Briefe. Noch einem Moment überlegte er, dann richtete er sich entschlossen auf.

Schnell zog er die Blätter heraus und entfaltete sie. —

Während der Lektüre wurde sein Gesicht totenbleich und verzerrte sich beängstigt. Und als er mit dem Briefe zu Ende war, da schlug er die Hände vor das Antlitz und stöhnte laut auf.

Regina Baldus legte in diesem Brief ihre Liebe, um die er, Tondern, jahrelang in heißem Bemühen gerungen, dem tollen Haßberg freiwillig zu Füßen. So klein konnte sich die stolze Regina machen, die sonst so unnahbar war! Sie gab sich in die Hände dieses Mannes — wie groß mußte ihre Liebe zu Haßberg sein!

Und Haßberg? Konnte er überhaupt begreifen, was ihm da geboten wurde? Hatte er sich nicht an allerlei Frauen verzettelt?

Und an diesen Mann warf sich eine Regina Baldus weg!

Ein rasender Schmerz nahm seine Seele gefangen, und die Eifersucht auf Haßberg loderte wild empor. Sein ganzes Sein bäumte sich auf gegen die Möglichkeit, Regina Haßberg überlassen zu müssen.

Nein — er konnte es nicht zu lassen, daß Haßberg Regina zur Frau bekam. Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wollte er sich dagegen wehren. Und wenn er ein Verbrechen begehen sollte — Regina durfte nicht Haßbergs Gattin werden!

Mit zitternden Händen faltete er den Brief zusammen, legte ihn in die Brieftasche zurück und warf diese wieder unter den Stuhl.

Mit starren Augen sah er darauf nieder und grübelte schweratmend darüber nach, was er tun könne, um eine Vereinigung zwischen Haßberg und Regina zu verhindern.

Ein wahnsinniger, eifersüchtiger Haß gegen Haßberg gährte in ihm. Er war auch wirklich überzeugt, daß dieser Reginas Liebe nicht wert war und daß er sie unglücklich machen würde.

In seine Gefühle für Regina mischte sich ein schmerzlicher Zorn, weil sie sich Haßberg gewissermaßen angeboten hatte. Fast gesellte sich seiner Liebe ein Gefühl des Hasses bei, weil sie Haßberg verschwenderisch bot, was sie ihm selbst entzogen hatte.

„Was tue ich nur, um eine Scheidewand zwischen den Beiden aufzurichten? Sie dürfen einander nicht angehören," dachte er.

So saß er grübelnd und entwarf Plan um Plan, um ihn wieder zu verwerfen. Als er die Flurtür gehen hörte, schrak er auf und sah mit verstörtem Blick um sich.

Jetzt vernahm er draußen Haßbergs Stimme im Gespräch mit seinem Burschen, der ihm wahrscheinlich Meldung von dem wartenden Besuch machte. Er zwang einen ruhigen Ausdruck in sein Gesicht und griff hastig nach einem Zeitungsblatt, als sei er in die Lektüre desselben vertieft gewesen.

Haßberg trat ein, gefolgt von seinem Burschen. Sichtlich zerstreut begrüßte er Tondern und trat mit suchenden Blicken an seinen Schreibtisch.

„Verzeihe einige Minuten, Heinz, ich stehe Dir gleich zur Verfügung. Mir ist meine Brieftasche abhanden gekommen, in der wichtige Papiere steckten — ich will nur hier nachsehen. Holen Sie meine Litevka herüber, vielleicht ist sie noch darin," wandte er sich an seinen Burschen.

(Fortsetzung folgt.)

gestanden. Um einen Erfolg zu erreichen, ist es nötig, daß den Einsammlern von Arzneipflanzen das Betreten von Wald und Feld nicht erschwert wird; anderseits werden die Sammler aber auch sorgfältig jede Beschädigung von Wald, Wiesen und Feld zu vermeiden haben. Eine wertvolle Mitwirkung werden der guten Sache die Apotheker durch Anregung und Rat beim Sammeln sowie durch Abnahme der gesammelten Pflanzen leisten können. An Alle, die Zeit und Gelegenheit haben, ergeht daher der Ruf: „Sammelt sachgemäß Arzneikräuter und Teepflanzen, um auch auf diesem Gebiet unser Durchhalten zu ermöglichen."

= **Gewerkschaften und Sommerzeit.** Daß sich die Sommerzeit auch jetzt noch nicht in der öffentlichen Meinung ganz durchgesetzt hat, ersieht man aus einer Veröffentlichung im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands", in der auf Grund einer Umfrage die Meinung der verschiedenen Arbeitergruppen über diese Errungenschaft des Krieges wiedergegeben wird. Das Gewerkschaftsblatt erklärt in einer ausführlichen Vorbemerkung, es sei der Befürchtung Raum zu geben, daß die Stunde Zeitgewinn zur Arbeit verwendet, bezw. diese Verwendung von vielen Arbeitgebern erzwungen werde. Das wäre dann ein bedenklicher Rückschritt. Er könnte vermieden werden durch Schaffung eines gesetzlichen Höchstarbeitstages, wie ihn die Arbeiterschaft seit langem fordert. Von den Arbeiterberufsgruppen sprechen sich in der Umfrage die Bergarbeiter, Bildhauer, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fabrikarbeiter, Gastwirtsgehilfen, Landarbeiter, Metallarbeiter im allgemeinen gegen die Sommerzeit, die Buchbinder, Buchdrucker, Fleischer, Friseurgehilfen, Glaser, Handlungsgehilfen, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Lithographen und Steindrucker für die Sommerzeit aus. Die Steinsetzer fordern in ihrer Antwort Erhebungen über die Frage in den Arbeiterkreisen der verschiedenen Berufe auf Grund einer Fragestellung, zu der Psychologen und Aerzte hinzugezogen werden sollen. Das Gewerkschaftsblatt befürwortet diesen Vorschlag.

= **Ein Kapitalabfindungsgesetz für Offiziere** ist in Vorbereitung. Mit der Vorlage wird einem Beschluß des Reichstages vom Juni 1916 Rechnung getragen, der den Reichskanzler ersucht, Maßnahmen zu treffen, um die Wohltaten der Kapitalabfindung in geeigneten Fällen auch kriegsbeschädigten Offizieren und den Witwen gefallener Offiziere zuzuwenden.

m. **Weniger Butter.** Infolge des allgemeinen Rückganges der Buttererzeugung macht sich auch in Herford eine Herabsetzung der Buttereinheit notwendig, sodaß in nächster Zeit nur geringere Mengen zur Verteilung gelangen.

= **Einschränkung der Versendung von Oster- u. Pfingstkarten.** Die durch Erlaß des Kriegsministeriums vom 5. Dezember 1917 angeordnete Einschränkung der Versendung von Neujahrswünschen findet auf den Versand von Oster- und Pfingstkarten zwischen der Heimat und den Angehörigen des Heeres sinngemäße Anwendung.

= **Das Schlachten von trächtigen Ziegen** ist nach einer Verordnung des Landwirtschaftsministers vom 4. März verboten. Das Verbot findet keine Anwendung auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu befürchten ist, daß das Tier an einer Erkrankung verenden werde, oder weil es infolge eines Unglücksfalls sofort getötet werden muß. Solche Schlachtungen sind innerhalb 24 Stunden der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Ausnahmen von diesem Verbot können aus dringenden wirtschaftlichen Gründen zugelassen werden.

= **Von der kirchlichen Gemeindepflege in Westfalen.** Das Königliche Konsistorium gibt einen Bericht über die Tätigkeit der kirchlichen Gemeindepflege im Jahre 1917. Die Hilfsprediger bezw. die mit Unterstützung der kirchlichen Gemeindepflege als Hilfsprediger entsandten Pfarrer, Kandidaten und Missionare arbeiten in 18 Synoden und versahen 4 Synodalvikariate, während die übrigen in 30 Gemeinden zeitweilig oder dauernd Hilfe leisten. Durch den noch immer herrschenden Kandidatenmangel und durch die Einziehung von 53 Pfarramtskandidaten zum Heeresdienst konnte die Mehrzahl der Hilfspredigerstellen in der Provinz nicht besetzt werden. Die Zahl der Pfarrerstellen in Westfalen beträgt, wie im vorigen Jahre, 667, zu denen noch eine erhebliche Zahl Hilfspredigerstellen hinzukommen. Von der Gründung weiterer Pfarrstellen ist abgesehen worden.

= **Vermißte unbekannte Tote.** Eine Nachrichtensammelstelle über vermißte und unbekannte Tote für das Königreich Preußen ist im Polizeipräsidium Berlin eingerichtet und dem Erkennungsdienst der Kriegsamtsabteilung angegliedert worden.

= **Die Polizeistunde.** Gegen einen Wirt in Dortmund, dessen Lokal um 11 Uhr geschlossen werden mußte, war ein Strafverfahren eingeleitet worden. Die Strafkammer kam zu einer Freisprechung, weil der Wirt nach 11 Uhr keine Gäste mehr in das Lokal gelassen und den noch verweilenden drei Gästen keine Getränke mehr verabreicht hat. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hin hob das Kammergericht das Urteil auf mit der Begründung, daß es sich um ein Vergehen gegen die Kriegsgesetze handle, deren Zweck sei, an Brand- und Beleuchtungsstoffen zu sparen. Daraus folge notwendig, daß die Wirtschaft zur bestimmten Stunde geschlossen werden müsse. Es sei daher den Wirten zu empfehlen, um sich nicht strafbar zu machen, einige Minuten vorher die Gäste darauf hinzuweisen, daß die Schließung auf die Minute erfolgen müsse.

= **Der Musikverein** veranstaltet am kommenden Sonnabend bei Brinkmann einen Unterhaltungsabend.

Beschaffung des Saatguts von Hülsenfrüchten.

Zahlreiche Anfragen bei der Reichsgetreidestelle lassen erkennen, daß trotz aller Rundschreiben noch eine erhebliche Unklarheit darüber besteht, wie sich die Landwirte das in diesem Jahre infolge der schlechten Ernte besonders benötigte Saatgut von Hülsenfrüchten beschaffen. Es stehen hierfür zwei Wege offen. Zunächst können die Landwirte ihr Saatgut unmittelbar von einem Landwirt beziehen, dem der Kommunalverband oder die Reichsgetreidestelle die Genehmigung zur Veräußerung erteilt haben. Der Kommunalverband ist für die Genehmigung zuständig, wenn Käufer und Verkäufer in dem gleichen oder in unmittelbar benachbarten Kommunalverbänden wohnen. In anderen Fällen muß der Antrag bei der Reichsgetreidestelle gestellt werden.

Der zweite Weg besteht darin, daß die Landwirte sich unter Angabe der Mengen und Sorten des gewünschten Saatgutes und der damit zu bebauenden Fläche an ihren Kommunalverband oder an ihre Landwirtschaftskammer wenden. Die Landwirtschaftskammer weist ihnen dann entweder einen Landwirt aus der nächsten Umgebung nach, der das gewünschte Saatgut abzugeben hat, oder der Kommunalverband meldet den Saatgutbedarf bei der Reichsgetreidestelle an. Die Reichsgetreidestelle überweist an die Kommunalverbände, die es an die Landwirte weiter verteilen.

Frühlingsgruß.

Der Frühling pocht an mein Fenster
Als an ein verschlossenes Tor;
Goldleuchtende Sonnenwellen
Wogen und branden davor — — —
Knospen drängen voll Sehnen
Auf zu des Himmels Blau — — —
Wirr von dem Zaubernden, Schönen
Sink ich zurück in das Grau — — —
All-tag — und Kleinigkeiten — —
Und ist mir doch, ob ich träume —
Stunden versonnen entgleiten — — —
Dämmerung huscht durch die Räume
Feiertagspendend herein . . . . . :
„Warte nur, — warte — warte — —
Bald zieht der Frühling dir ein!"

Hanna Müller.

Stadt Bünde.

Bünde, 12. März. Die Erhöhung der Leistungen und Beiträge der Ortskrankenkasse der Zigarrenarbeiter in der Stadt Bünde und dem Amte Ennigloh ist in der letzten Ausschußsitzung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschlossen worden. Damit ist endlich den Wünschen der Versicherten genügt worden.

Bielefeld, 12. März. Nach einer Mitteilung des Magistrats an die Bürgerschaft beläuft sich der Abschluß des städtischen Finanzjahres 1916 auf einen Ueberschuß von 970 286 M. Dieser Ueberschuß soll zur Ansammlung eines möglichst hoch bemessenen Steuerausgleichfonds und eines Kriegsschulden-Verzinsungsfonds und Tilgungsfonds dienen.

Minden, 12. März. Der Haushaltsplan der Stadtkämmereikasse für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 110 800 M ab gegen 1 914 600 M im Vorjahre. Zur Deckung des Fehlbetrages von 1 174 300 M sind angesetzt: Zuschlag zur Gewerbesteuer 167 800 M, Zuschlag zur Betriebssteuer 2600 M, Zuschlag zur Einkommensteuer 783 300 M, Gemeindegrundsteuer 220 600 M. An Kreissteuern muß die Stadt 256 496 M aufbringen (im Vorjahre 230 344 M).

Lippische Fürstentümer.

to. **Detmold,** 11. März. In der Montagsitzung des Landtages wurde die Besprechung des Ministergehalts zu Ende geführt. Hierbei spielte die Wahlrechtsfrage eine große Rolle. Die Abgg. Staercke, Neumann-Hofer und Schmuck suchten dem Abg. Böckers nachzuweisen, daß seine Ansicht, die Soldaten an der Front beschäftigten sich nicht mit der Wahlrechtsfrage, irrig sei, im Gegenteil diese Frage auch an der Front lebhaft erörtert werde und man erwarte, daß baldigst die Lösung im fortschrittlichen Sinne erfolge. In der weiteren Besprechung des Voranschlags wurde besonders die Volksschulfrage eingehend durch den Abg. Staercke erörtert und von ihm freudig begrüßt, daß jetzt endlich dem Landtage die Fortbildungsschulvorlage zugegangen sei. Der Regierungs- und Schulrat Schmidt erklärte, den Wünschen gern folgen zu wollen, wenn der Landtag die notwendigen Mittel dazu bewillige. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf Dienstag vormittag vertagt. — An neuen Vorlagen sind dem Landtage zugegangen: Die Errichtung einer Landwirtschaftskammer, das Fortbildungsschulgesetz, eine Vorlage über die Erhöhung der Gebühren für die Hebammen und ein Gesetz über die Schulsteuerleistung an katholische Schulen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Oldenburg, 11. März. Eine Schwindlerin, Mitglied des Großh. Theaters, wußte sich durch die Vorspiegelung, sie gehöre einer Offiziersfamilie an, das Vertrauen mehrerer Familien der Hofgesellschaft zu gewinnen. Dieser Tage wurde sie als Diebin erwischt. Man fand bei ihr Kleidungs- und Schmuckstücke, die schon lange vermißt waren und deren Verbleib rätselhaft war. Das Theater setzte die Schwindlerin vor die Tür. Sie hat außerdem ein Strafverfahren zu erwarten.

Mainz, 11. März. In der Stadtverordnetenversammlung teilte, laut „Frkf. Ztg." der Oberbürgermeister mit, das Gouvernement Warschau bitte um schleunige Hilfe für die gefangenen deutschen Soldaten, die aus den entferntesten Gegenden Rußlands, sogar aus Sibirien, zu Wagen, Eisenbahn und auch zu Fuß ankämen. Die Leute hätten die schwersten Strapazen mitgemacht und müßten in Warschau sich einer 23tägigen Quarantäne unterziehen. Man wollte ihnen während dieser Zeit Unterhaltung und Zerstreuung bieten. Zur Durchführung dieser Absicht sollen Sammlungen veranstaltet werden. Der Vorsitzende meinte, dazu sei es zu spät, beantragte aber, eine Summe zu bewilligen und auf schnellstem Wege nach Warschau zu senden. Es wurden vorläufig 3000 M bewilligt.

Cleve, 10. März. Einen Riesenschmuggeltransport aufzudecken gelang der Zollbehörde zwischen Niel und Wehr, unweit der deutsch-holländischen Grenze. Ein hochbeladener Wagen, dem zwei Radfahrer zur „Sicherung" und Auskundschaftung des Geländes vorauffuhren, wurde am hellichten Tage von einem Zollaufseher in Zivilkleidung angehalten und revidiert. Dabei stellte es sich heraus, daß die große Karre eine riesige Menge Auslandswaren in ihrem Innern barg. Es wurden u. a. beschlagnahmt: 88 Pfund Kakao, 24 Pfund Stärke, 62 Pfund Speck, 30 Pfund Zigarren, über 200 Pfund Schnaps, Schuhe, Kleider, Wäschestücke, 236 Pfund Oel, 84 Pfund Schokolade, 40 Pfund Rauchtabak, 70 Pfund Seife, 30 Pfund Margarine, 60 Pfund Rinderfett, 16 Pfund Käse und 64 Pfund Butter. Setzt man hierfür die üblichen Schmuggelpreise ein, dann dürfte den Schmugglern ein Verlust in Höhe von mindestens 15 000 Mark erstanden sein.

Wietze b. Celle, 12. März. Meuchlings erschossen wurde der Gemeindevorsteher im benachbarten Steinförde, Hofbesitzer Hösener, nachdem er kurz zuvor einer Haussuchung in der etwa 20 Minuten entfernten Kolonie Kasterdamm beigewohnt hatte. In der vorigen Nacht war nämlich bei seinem Bruder ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei Betten, Speck, Würste usw. entwendet wurden. Der Tat verdächtig war ein in Kastendamm wohnender polnischer Arbeiter, bei dem infolgedessen durch den Gendarmen im Beisein des Gemeindevorstehers eine Haussuchung vorgenommen wurde. Hierbei wurden die gestohlenen Gegenstände zutage gefördert. Als letzterer sich dann aus dem betreffenden Hause entfernt hatte, wurde vom Dachboden aus auf ihn geschossen, und zwar so lautlos, daß der ihn begleitende Gendarm davon anfangs nichts bemerkt hatte und erst aufmerksam wurde, als der Gemeindevorsteher plötzlich zusammenbrach. Man konnte nur noch den durch einen Schuß in die Herzgegend verursachten Tod feststellen. Der Täter ist dann mit einem anderen Hausbewohner in den nahen Wald entflohen. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen.

Nordhausen, 12. März. Neuerdings mehrt sich hier die Zahl der Schulmädchen, die ihre Zöpfe für vaterländische Zwecke hergeben.

Dresden, 12. März. Wegen fortgesetzter Güterberaubungen auf einem der Dresdener Bahnhöfe wurde der aufsichtsführende Güterbeamte Schmidt zu drei Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, die Vorarbeiterin Penter zu einem Jahr und fünf andere Angeklagte zu drei bezw. 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

100 000 Mark Beute am hellen Tage.

Berlin, 9. März. Die Lagerräume eines Großgeschäftes für Damenkleidung in der Krausenstraße wurden vorgestern nachmittag, wie gewöhnlich um 3 Uhr geschlossen und standen dann ohne besondere Aufsicht. Als gestern früh Angestellte ihren Dienst antraten, fanden sie die Räume leer. Einbrecher hatten sie mit Nachschlüsseln geöffnet und die ganzen Bestände im Werte von etwa 100 000 Mark weggeräumt. Nach den Ermittelungen ist der Einbruch zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags verübt worden. Der Pförtner sah mehrere Männer Sachen aus dem Hause schaffen, nahm aber an, es seien Arbeiter von anderen in dem Hause untergebrachten Geschäften.

*

Den Geliebten erschossen.

Breslau, den 9. März.

Heute beginnt vor dem Breslauer Kriegsgericht die Verhandlung gegen die vierundzwanzigjährige Hausdame Gertrud Schulz aus Berlin unter der Anklage der Ermordung ihres früheren Geliebten, des Breslauer Rechtsanwalts Karsen. Die Angeklagte ist am 12. Oktober 1893 in Prosken, Kreis Lyck, geboren. Seit dem Jahre 1911 lebte sie mit ihrer Mutter und ihren Schwestern in Berlin; sie war zunächst Lehrmädchen, später Verkäuferin in einer Konditorei, zuletzt Bardame. Im März 1914 lernte sie in der Trocadérobar in Breslau den Rechtsanwalt Karsen kennen; er nahm sich ihrer sehr an, und schließlich gab sie ihre Stellung auf und zog zu ihm.

Gemeinsame Reisen ins Gebirge und nach Berlin knüpften das Band zwischen ihnen fester. Im März 1917 bezog sie mit Karsen eine gemeinsame Wohnung und lebte mit ihm bis zum 1. August als angebliche Ehefrau. Später zogen beide nach dem Moritzplatz. Im Sommer 1917 lernte Karsen eine andere Dame kennen; am 27. Oktober erfolgte die Verlobung, und die Hochzeit wurde auf den 22. Dezember festgelegt. Die Angeklagte Schulz nahm die Untreue ihres Geliebten sehr schwer. Rechtsanwalt K. versuchte auf alle Weise von ihr loszukommen. Er versprach ihr eine Entschädigung von 10 000 Mark und eine Rente von monatlich 250 Mark, was die Angeklagte jedoch mit Entrüstung von sich wies. Es kam dann zunächst auch wieder zu einer Verständigung. Im Oktober versuchte sie jedoch sich vom Balkon herunterzustürzen. Bald darauf kam es zu einer neuen Trennung, und die Schulz reiste nach Berlin zurück. Karsen sandte ihr 5000 Mk. und eine Erklärung über Zahlung von je 200 Mark für die nächsten sechs Monate. Inzwischen versuchte die Angeklagte vergeblich, die Braut zu einem Verzicht zu bewegen. Sie unternahm noch einmal einen Selbstmordversuch durch Einatmen von Gas. Von Mitte November bis zum 1. Dezember lebte sie in einer Berliner Pension, wo Karsen sie wiederholt besuchte. Unterredungen führten dazu, daß auch Karsen lebensüberdrüssig wurde, und nach der Behauptung der Angeklagten soll Karsen sie gebeten haben, einen Revolver zu einem gemeinsamen Selbstmord zu besorgen. Erneute Versuche, die Braut zur Auflösung der Verlobung zu bewegen, scheiterten.

Als die Hochzeit Karsens für den 22. v. J. festgesetzt wurde, kaufte die Angeklagte eine Pistole und fuhr am 17. Dezember nach Breslau, weil sie den Selbstmord in der Behausung Karsens verüben wollte. Am Bahnhof setzte sie sich eine blaue Brille auf, weil sie wußte, daß Karsen die Anweisung gegeben hatte, sie nicht mehr vorzulassen, und erschien gegen 8 Uhr früh vor der Wohnungstür Karsens, der ihr selbst öffnete. Kurze Zeit danach hörte das Stubenmädchen einen Knall und sah darauf jammerte die Schulz: Otti, mein Otti, was hab ich getan! Die auf Veranlassung der Angeklagten herbeigerufenen Aerzte fanden Karsen mit einem Schuß in der linken Kopfseite vor, der Rechtsanwalt mittags verstarb. Ein Versuch der Angeklagten, auch sich zu erschießen, wurde verhindert.

Es stand außerordentliche Kriegsgericht in Breslau verhandelte heute gegen die Wirtschafterin Gertrud Schulz aus Groß-Berlin, die am 18. September in Berlin den Rechtsanwalt Otto Karsen in dessen Wohnung durch einen Revolverschuß getötet hat. Der Vertreter der Anklage hatte Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt. Das Gericht erklärte sich nach kurzer Beratung für unzuständig, weil es zu der Annahme gelangte, die Anklagte habe im Affekt gehandelt. Die Sache gelangt nunmehr vor dem Schwurgericht noch einmal zur Verhandlung.

*

Neue Polarexpedition Amundsens.

Laut Pariser Blättern zufolge beabsichtigt Amundsen, Ende Mai oder Anfang Juni eine neue antarktische Expedition zu unternehmen, bei der Flugzeuge und Wasserflugzeuge verwenden will. Amundsen will einige Zeit an der Westfront zu, um die verschiedenen Flugzeuge zu studieren. Der Forscher ist von der Pariser Akademie de Sciences zum korrespondierenden Mitgliede gewählt worden.

*

Ein Verwandter Kornilows als Einbrecher.

In Großwardein ist nach ungarischen Blättern eine gefährliche Einbrecherbande verhaftet worden, deren Mitglieder sich durchwegs aus geflüchteten kriegsgefangenen Russen zusammensetzte. Bei dem Verhör der Festgenommenen stellte sich heraus, daß einer der Räuber, ein Moskauer Kaufmann namens Sonje, ein naher Verwandter des Generals Kornilow ist. Der zweite Bandenanführer, ein Marinefähnrich Kaspikow, gehört gleichfalls der „guten Gesellschaft" an und ist ein Patenkind des Fürsten Lwow.

Ankauf von Silber.

Um den derzeitigen hohen Stand des Silberpreises auf dem Weltmarkt für die Besserung der deutschen Valuta im Auslande nutzbar zu machen, hat sich das Reichsbankdirektorium entschlossen, vielfachen Anregungen zu entsprechen und den Ankauf von Silbersachen durch die Goldankaufsstellen und Goldankaufshilfsstellen aufnehmen zu lassen. Den Eigentümern entbehrlicher Silbersachen bietet sich dadurch eine günstige Gelegenheit, ihren Besitz an silbernen Gegenständen zu vorteilhaften Preisen an die Goldankaufsstellen zu veräußern. Für Silbersachen aller Feingehalte ist ein Einheitspreis von 18 Pfg. für das Gramm Silbermetall festgesetzt. Den Einlieferern von Silbersachen wird seitens der Goldankaufsstellen ein künstlerisch ausgestattetes Gedächtnisblatt verliehen.

In der Stadt Herford erfolgt der Silberverkauf täglich durch Herrn Goldschmied Weihe, Bäckerstraße 11. Im Landkreise Herford wirken die Liebesgabensammelstellen des Roten Kreuzes in Herford, Bünde, Enger, Ennigloh, Löhne, Bahnhof, Ostbder, Pödinghausen, Spenge und Vlotho als Gold- und Silberankaufsstellen für die Reichsbank.

Im Abgeordnetenhaus

wurde am Montag die zweite Lesung des Eisenbahnetats fortgesetzt. Eisenbahnminister v. Breitenbach nahm Gelegenheit, auf die in der letzten Sitzung vorgetragenen Wünsche und Beschwerden der Eisenbahnbediensteten einzugehen. Er ersuchte um Ablehnung eines Antrages auf Lohnerhöhung, einmal weil die Verwaltung schon von selbst das Erforderliche tue, und dann, weil die Regelung der Lohnfrage einzig Sache der Verwaltung sei. Im übrigen nahm der Minister auf's scharf Stellung gegen verschiedene Vorkommnisse auf organisatorischem Gebiet, vor allem gegen den engen Zusammenschluß der Organisationen der Eisenbahnarbeiter und auch der Beamtenorganisationen. Mit gewohnter Sachkunde trat der fortschrittliche Abg. Delius für die berechtigten Wünsche zahlreicher Beamten- und Arbeiterkategorien ein, wobei er ganz merkwürdige Ungleichheiten in der Gewährung von Lohn- und Ernährungszulagen feststellte. Selbstverständlich forderte er volle Freiheit für die Organisationen und ihre Betätigung durch die Verwaltung, damit die Gärung verhindert werde, die nicht zuletzt infolge der Behandlung der Wahlrechtsvorlage bestehte. Für die zahlreichen Unglücksfälle machte der Redner mit Recht die überlange Arbeitszeit verantwortlich. Der Sozialdemokrat Leinert sprach besonders über die Arbeiterausschüsse und kritisierte scharf die Handhabung der Disziplin im Eisenbahnbetrieb. Auch der nationalliberale Abg. Gottschalk versprach sich schon von dem Vorhandensein starker Organisationen eine Erleichterung bei Behandlungen der Verwaltung mit dem Personal. Eisenbahnminister Breitenbach aber hielt an seiner Auffassung fest. Den Schluß der Beratung bildeten häusliche Auseinandersetzungen zwischen den beiden Sozialdemokratischen Fraktionen. Der Versuch der Unabhängigen Adolf Hoffmann und Ströbel, aus der wenig entgegenkommenden Haltung der Eisenbahnverwaltung Agitationsmaterial für die Wahl in Niederbarnim zu ziehen, wurde vom Abg. Leinert überlegen vereitelt und der Minister nahm dankbar Kenntnis von einigen Richtigstellungen, die Abg. Leinert an einer Rede vornahm und die von der äußersten Linken eingegriffen worden waren. Am Dienstag kommt der Handelsetat zur Beratung.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle Herford.

Geflügel-Zuchtstationen
des Stadt- und Landkreises Herford für das Jahr 1918.

1. Faverolles.

1. Ernst Bering, Kirchlengern. 2. Landwirt Schewe, Löhne-Dorf Nr. 4.

2. Weiße Wyandottes.

1. Landw. Haushaltungsschule in Gohfeld. 2. Karl Krause in Löhne Nr. 107. 3. H. Lücking in Löhne-Bahnhof Nr. 174. 4. W. Blase in Stift-Quernheim. 5. Herm. Steinkämper in Herford, Wellbrockerweg Nr. 80. 6. Obst- und Gartenbau-Lehranstalt in Herford am Stuckenberg. 7. von Borries, Rittergut Steinlake. 8. H. Linke in Sundern bei Bünde. 9. H. Lücking in Oetinghausserheide. 10. Fabrikant Karl Höpker in Herford, Steinweg. 11. H. Wortmann in Hiddenhausen.

3. Rebhuhnfarbige Italiener.

1. Landw. Haushaltungsschule in Gohfeld. 2. Lehrer Ellermann in Bistedt bei Bünde. 3. Karl Krause in Löhne Nr. 107. 4. Trinkerheilanstalt Elim in Diebrock. 5. Hauptlehrer Hüllinghorst in Sundern. 6. Landwirt Brüggemeier in Schwenningdorf. 7. W. Eilebrecht in Hiddenhausen. 8. Landwirt H. Niehaus in Hüffen bei Bünde. 9. Wilhelm Rose in Herford. 10. Aug. Tilker in Herford, Diebrockerstraße 73. 11. Landwirt Upmeier in Eickum b. Herford. 12. H. Beimsohr in Steinbeck. 13. W. Knobbe in Herford, Schillerstr. 14. Obst- und Gartenbau-Lehranstalt in Herford am Stuckenberg. 15. Heinr. Beimsohr in Steinbeck. 16. Heinr. Baumann in Depenbrock b. Löhne 17. Landwirt Nordieker in Herford.

4. Indische Laufenten.

a) rebhuhnfarbige: 1. Landw. Haushaltungsschule in Gohfeld.
b) weiße: 1. von Borries, Rittergut Steinlake.

5. Peking-Enten.

1. H. Tödtmann in Stift-Quernheim. 2. W. Knobbe in Herford. 3. W. Niemeyer in Herford, Am Dudel Nr. 42. 4. Margarinefabrikant H. Meyer-Lippinghausen in Lippinghausen.

6. Emdener Gänse.

1. Landw. Haushaltungsschule in Gohfeld. 2. Westf. Sähnrahm-Margarinefabrikant H. Meyer-Lippinghausen in Lippinghausen. 3. Landwirt Nordieker in Herford. 4. H. Bahe in Schwarzenmoor. 5. Landwirt H. Greßhöner in Lippinghausen. 6. Landwirt Lehbrink in Friedenstal b. Herford.

7. Truthühner.

1. Westf. Sähnrahm-Margarinefabrik H. Meyer-Lippinghausen in Lippinghausen. 2. W. Knobbe in Herford.

8. Tauben. Mährische Riesenstrasser.

1. Karl Krause in Löhne Nr. 107.

Bruteier

aus obigen Zuchtstationen kosten: a) von Hühnern das Stück 40 ₰, b) von Enten und Puten das Stück 75 ₰, c) von Gänsen das Stück 2,00 M, d) von Tauben das Paar 4,00—5,00 M. Porto und Verpackung trägt der Empfänger.

Herford, den 8. März 1918.

Der Landrat.

Der erste Luftangriff auf Paris.

Von einem Flugteilnehmer, einem Fliegeroffizier aus Münster erhält der „Münstersche Anzeiger" folgende Schilderung des in der Nacht vom 30. zum 31. Januar ausgeführten Vergeltungs-Luftangriffes eines deutschen Flugzeuggeschwaders auf Paris.

Im Flughafen des Bombengeschwaders herrscht heute nacht rege Tätigkeit. Die Monteure sind noch damit beschäftigt, die letzten Flugzeuge aus den Zelten zu schieben. Alle Einzelheiten sind schon am Tage in Ordnung gebracht worden. Eingehende Sorgfalt wird hierbei den Motoren zugewandt. Von ihnen hängt, besonders bei einem Fluge, wie er uns heute erwartet, in erster Linie alles ab.

Unter den Flugzeugbesatzungen kann man diesmal eine besondere Stimmung wahrnehmen, ist doch niemand unter ihnen, der nicht wüßte, daß wir unsere Grüße auf die französische Hauptstadt herabsenden wollen. Zwischen den Zelten und Flugzeugen bemerkt man vermummte Gestalten, die sich in ihrer Fliegerkleidung gar seltsam ausnehmen. Einige stehen in Gruppen zusammen. Beim Scheine der Taschenlampe wird noch ein Blick auf die Flugstrecke geworfen — denn dort oben muß man sich auf ein kurzes Beleuchten der Karte beschränken — ein herzliches „Glück ab" ruft der eine dem andern zu und dann geht ein jeder auf seinen Posten. Die Propeller werden angeworfen; sie springen gut an. Vom Tenor geht die Melodie der Motore allmählich zum tiefsten Baß über; der Flugzeugführer prüft sie auf ihre Tourenzahl. Ihr Rattern erfüllt den ganzen Platz. Hin und wieder vernimmt man ein scharfes Knattern. Die Maschinengewehrschützen überzeugen sich ein letztes Mal von der Zuverlässigkeit ihrer Maschinengewehre. Und endlich wird noch die ordnungsmäßige Befestigung der Bomben kontrolliert. Die Zeit für den Start ist herangerückt. Kein Zweifel, alle Vorbedingungen für einen Nachtflug größeren Stils sind vorhanden. Das gilt auch vor allem von der Witterung. Eine günstigere Nacht wird sich kaum ein Flieger wünschen. Schattenhaft rollen die einzelnen Flugzeuge an den Startplatz. Das Zeichen zum Start wird gegeben. Nach kurzem Rollen erhebt sich das erste Flugzeug, einen Sprühregen von Funken hinterlassend. In wenigen Sekunden ist es unsern Blicken entschwunden. Eine Zeitlang ist noch das dumpfe Geräusch der Motore zu hören. Wir folgen an dritter Stelle.

Mit Hilfe der Karte wird die Orientierung aufgenommen. Der Mond begleitet uns fast in seiner ganzen Größe und beleuchtet mit der Fülle seines Lichts unsere Flugstrecke. Der Hauptrichtungsweiser ist der Kompaß. Sein Kurs muß uns bei bleibenden Windverhältnissen genau an unser Ziel bringen. Wir überfliegen eben eine Ortschaft. Einzelne Fenster sind schlecht oder gar nicht abgeblendet. In einiger Entfernung schlag unter uns sehen wir bewegliche Lichter; es sind vermutlich Beleuchtungen der Infanterieposten. Kurz darauf überfliegen wir die Front. Die hintereinander liegenden, kreuz und quer laufenden Gräben sind deutlich sichtbar. Im allgemeinen herrscht in diesem Frontabschnitt Ruhe. Zeitweises Aufblitzen von Geschützen zeigt uns das übliche Störungsfeuer an. Das Gelände gleitet immer langsamer dahin, ein Zeichen, daß wir mehr und mehr an Höhe gewinnen. Die Richtung, die die beiden vor uns gestarteten Flugzeuge eingeschlagen haben, wird durch die feindliche Abwehr gekennzeichnet. Nun kommen auch wir in ihren Bereich. Zuerst auf der Erde ein schwaches Aufblitzen — das Mündungsfeuer der Flugzeugabwehrkanonen — wenige Sekunden vergehen, dann unter uns und seitwärts grelle Blitze, das Krepieren der uns entgegengesandten Schrapnells. Die Scheinwerfer, die wir jetzt gerade überfliegen, senden ihre Lichtkegel zu uns empor, sie suchen uns, aber vergeblich. Wir entfernen uns rasch von ihnen. Doch schon erscheinen in unserer Flugrichtung neue in größeren Massen. Wir stellen ganze Bündel fest. Einige mit besonders grellem Lichte heben sich unter ihnen hervor. Die Abwehr nimmt merklich zu. Das gilt besonders auch von den Flak. Allenthalben das kurze Aufblitzen der krepierenden Geschosse, deren zurückbleibende Sprengwolken unsern Flug kennzeichnen. Unter uns liegt ein großer Wald, es kann nur ein bestimmter sein. Ich vergleiche Uhr und Kompaß. Nicht mehr lange, und wir haben das Ziel unseres nächtlichen Fluges erreicht. Vor uns haben wir ein merkwürdiges Schauspiel. Die Luft ist erfüllt von hellen Feuerkörpern, die eine Zeitlang ruhig schweben. Es ist ohne Zweifel die Abwehr von Paris. Doch was rast dort urch die Luft? Ein feinliches Jagdflugzeug! Schon in der nächsten Sekunde knattern unsere Maschinengewehre. Der Gegner ich nicht mehr zu sehen. Luftkämpfe in der Nacht gehören keineswegs mehr zu den Seltenheiten, zumal in mondhellen Nächten. Wiederholt huscht ein feindliches Flugzeug vorüber. Inzwischen sind wir in die Zone der stärksten Abwehr gelangt. Die Riesenstadt breitet sich vor uns aus, umgeben von ihren Vorstädten. Unsere Motore arbeiten ausgezeichnet, jetzt gilt es für sie, uns nicht im Stich zu lassen. Eine Anzahl von Schrapnells und Granaten verfolgt uns, ein Scheinwerfer hat uns vermutlich für Augenblicke gefaßt, die uns aber wie Minuten dünken. Um ein Gebkendetwerden zu vermeiden, schließen wir wenige Sekunden die Augen oder sehen in eine andere Richtung. Unter uns liegt bereits die sogenannte Bannmeile von Paris. Und nun haben wir die Seinestadt erreicht! Sie ist verhältnismäßig gut abgeblendet. Immerhin ist, wie das bei solch einer Stadt wie Paris nicht anders zu erwarten ist, ein großer Teil der Lichter nicht gelöscht worden.

Hell erleuchtete Züge ziehen sich in rascher Fahrt wie feurige Schlangen dahin. Neben dem Mond wird uns die Sicht wesentlich erleichtert durch die auch in großen Höhen platzenden Luftgeschosse, die wohl den feindlichen Jagdfliegern ihre Arbeit erleichtern sollen. Die ganze Luft ist durch diese Fallschirmraketen fast taghell erleuchtet.

Wir befinden uns bei der Fahrt über Paris in großer Höhe, langsam ziehen die Stadtteile unter uns dahin, und doch fliegen wir mit einer ansehnlichen Geschwindigkeit. Jedes Häuserviertel, jeder Straßenzug, Plätze, vor allem die Seine, in der sich zeitweise der Mond widerspiegelt, sind gut zu erkennen. Ein bezauberndes Bild! Wie tot liegt da die französische Hauptstadt, und doch, wie lebendig wird dort unten alles geworden sein, als gemeldet wurde: Deutsche Flugzeuge im Anflug auf Paris! Es ist nach Mitternacht. Wie mancher wird aus tiefem Schlafe aufgescheucht sein! Ein Gefühl der Angst, verbunden mit einer ohnmächtigen Wut beherrscht ihn gewiß. Und doch ist unsere Sache eine durchaus gerechte! Wiederholt hat unsere Oberste Heeresleitung den Gegner gewarnt und ihm nahegelegt, seine Angriffe auf offene deutsche Städte einzustellen. Am 17. Oktober 1917 wurde diese Aufforderung zum letzten Male der französischen Regierung durch Funkspruch übermittelt. All diese Warnungen verliefen aber ungehört. Nun aber ist unsere Geduld zu Ende. Heute nacht hast du, stolzes Paris, die Folgen des frevelhaften Vorgehens deiner Regierung zu tragen! Unter uns das befohlene Ziel. Die Hand ergreift die Bombenhebel. Der Reihe nach werden ihre Griffe gezogen. Es vergehen einige Augenblicke. Die toddringenden Ungetüme sausen herab. Da, sie haben ihr Ziel mit stählerner Gewalt erfaßt! Das zeigen uns ihre feurigen Einschläge inmitten einer Häusermasse. An verschiedenen Stellen des Häusermeeres bemerken wir jetzt ein grelles Aufblitzen. Also auch unsere Kameraden sind an der Arbeit! Hier und da lodert eine rote Glut gen Himmel, die mehr und mehr an Umfang gewinnt. Es sind durch unsere Bomben hervorgerufene Brände.

Unser Flugzeug hat bereits wieder die Richtung nach seinem Heimathafen eingeschlagen. Wir fliegen jetzt ungefähr mit dem Winde, um so schneller geht der Rückflug vonstatten. Wieder führt uns unser Flug durch das Abwehrfeuer und durch die Lichtkegel der Sche

Bekanntmachung.

Die

Ausgabe der Nähfadenmarken

an die in der Liste der Kleinhändler eingetragenen Haushaltungen im Stadtbezirk findet in der Woche vom 18. bis einschl. 23. März cr. im Rathause, Zimmer 32—35, wie folgt, statt und zwar nach den Nummern der Lebensmittelkarten:

Montag

von 2—3 Uhr Nr. 1—45 und 1301—1345 und 2601—2645 und 3901 bis 3945 und 5201—5245 und 6501—6545 und 7801—7845 und 9101—9145,

von 3—4 Uhr: Nr. 46—90 und 1346—1390 und 2646—2690 und 3946 bis 3990 und 5246—5290 und 6546—6590 und 7846—7890 und 9146—9190,

von 4—5 Uhr: Nr. 91—135 und 1391—1435 und 2691—2735 und 3991—4035 und 5291—5335 und 6591—6635 und 7891—7935 und 9191—9235,

von 5—6 Uhr: Nr. 136—180 und 1436—1480 und 2736—2780 und 4036—4080 und 5336—5380 und 6636—6680 und 7936—7980 und 9236—9280,

von 6—7 Uhr: Nr. 181—225 und 1481—1525 und 2781—2825 und 4081 bis 4125 und 5381—5425 und 6681—6725 und 7981—8025 und 9281—9325;

Dienstag

von 2—3 Uhr: Nr. 226—270 und 1526—1570 und 2826—2870 und 4126—4170 und 5426—5470 und 6726—6770 und 8026—8070 und 9326—9370,

von 3—4 Uhr: Nr. 271—315 und 1571—1615 und 2871—2915 und 4171—4215 und 5471—5515 und 6771—6815 und 8071—8115 und 9371—9415,

von 4—5 Uhr: Nr. 316—360 und 1616—1660 2916—2960 und 4216 bis 4260 und 5516—5560 und 6816—6860 und 8116—8160 und 9416—9460,

von 5—6 Uhr: Nr. 361—405 und 1661—1705 und 2961—3005 und 4261 bis 4305 und 5561—5605 und 6861—6905 und 8161—8205 und 9461—9505,

von 6—7 Uhr: Nr. 406—450 und 1706—1750 und 3006—3050 und 4306 bis 4350 und 5606—5650 und 6906—6950 und 8206—8250 und 9506—9550;

Mittwoch

von 2—3 Uhr: Nr. 451—495 und 1751—1795 und 3051—3095 und 4351 bis 4395 und 5651—5695 und 6951—6995 und 8251—8295 und 9551—9595,

von 3—4 Uhr: Nr. 496—540 und 1796—1840 und 3096—3140 und 4396—4440 und 5696—5740 und 6996—7040 und 8296—8340 und 9596—9640,

von 4—5 Uhr: Nr. 541—585 und 1841—1885 und 3141—3185 und 4441 bis 4485 und 5741—5785 und 7041—7085 und 8341—8385 und 9641—9685,

von 5—6 Uhr: Nr. 586—630 und 1886—1930 und 3186—3230 und 4486—4530 und 5786—5830 und 7086—7130 und 8386—8430 und 9686—9730,

von 6—7 Uhr: Nr. 631—675 und 1931—1975 und 3231—3275 und 4531—4575 und 5831—5875 und 7131—7175 und 8431—8475 und 9731—9775;

Donnerstag

von 2—3 Uhr: Nr. 676—720 und 1976—2020 und 3276—3320 und 4576—4620 und 5876—5920 und 7176—7220 und 8476—8520 und 9776—9820,

von 3—4 Uhr: Nr. 721—765 und 2021—2065 und 3321—3365 und 4621—4665 und 5921—5965 und 7221—7265 und 8521—8565 und 9821—9865,

von 4—5 Uhr: Nr. 766—810 und 2066—2110 und 3366—3410 und 4666—4710 und 5966—6010 und 7266—7310 und 8566—8610 und 9866—9910,

von 5—6 Uhr: Nr. 811—855 und 2111—2155 und 3411—3455 und 4711—4755 und 6011—6055 und 7311—7355 und 8611—8655 und 9911—9955,

von 6—7 Uhr: Nr. 856—900 und 2156—2200 und 3456—3500 und 4756—4800 und 6056—6100 und 7356—7400 und 8656—8700 und 9956—10 000;

Freitag

von 2—3 Uhr: Nr. 901—945 und 2201—2245 und 3501—3545 und 4801—4845 und 6101—6145 und 7401—7445 und 8701—8745 und 10 001—10 045,

von 3—4 Uhr: Nr. 946—990 und 2246—2290 und 3546—3590 und 4846—4890 und 6146—6190 und 7446—7490 und 8746—8790 und 10 046—10 090,

von 4—5 Uhr: Nr. 991—1035 und 2291—2335 und 3591—3635 und 4891—4935 und 6191—6235 und 7491—7535 und 8791—8835 und 10 091—10 135,

von 5—6 Uhr: Nr. 1036—1080 und 2336—2380 und 3636—3680 und 4936—4980 und 6236—6280 und 7536—7580 und 8836—8880 und 10 136—10 180,

von 6—7 Uhr: Nr. 1081—1125 und 2381—2425 und 3681—3725 und 4981—5025 und 6281—6325 und 7581—7625 und 8881—8925 und 10 181—10 225;

Sonnabend

von 2—3 Uhr: Nr. 1126—1170 und 2426—2470 und 3726—3770 und 5026—5070 und 6326—6370 und 7626—7670 und 8926—8970 und 10 226—10 270,

von 3—4 Uhr: Nr. 1171—1215 und 2471—2515 und 3771—3815 und 5071—5115 und 6371—6415 und 7671—7715 und 8971—9015 und 10 271—10 315,

von 4—5 Uhr: Nr. 1216—1260 und 2516—2560 und 3816—3860 und 5116—5160 und 6416—6460 und 7716—7760 und 9016—9060 und 10 316—10 360,

von 5—6 Uhr: Nr. 1261—1300 und 2561—2600 und 3861—3900 und 5161—5200 und 6461—6500 und 7761—7800 und 9061—9100 und 10 361—10 430.

Auf jede Lebensmittelkarte wird 1 Marke über 1 Rolle Nähfaden zu 200 Meter ausgegeben. **Die Lebensmittelkarten müssen deshalb vorgelegt werden. Die eingetragenen Verarbeiter von Nähfäden (Näherei-betriebe, Näherinnen pp.) haben ebenfalls die ihnen zugeteilten Marken an einem der vorgenannten Nachmittage abzuholen.** Die Zeit der Ausgabe der Nähfäden durch die Geschäfte wird noch bekannt gegeben.

Wer die Marke nicht rechtzeitig abholt und spätere Zuteilung wünscht, hat dafür eine Gebühr von 20 ₰ zu zahlen.

Herford, den 11. März 1918.

Der Magistrat.

Kaffee-Ersatz.

(Verkauf auf Kundenliste.)

In den Geschäften kann von Donnerstag, den 14. d. Mts., ab auf Warenmarke Nr. 54 ¼ Pfund Kaffee-Ersatz gekauft werden. Die Marken müssen bis zum 21. März d. Js. eingelöst sein. Die Geschäfte haben die Marken aufgeklebt bis zum 23. März d. Js. im Rathaus, Zimmer 103, abzuliefern.

Herford, 11. März 1918.

Der Magistrat.

Kondensierte Milch

wird im Landkreise Herford vom 16. März 1918 ab von den für die Abgabe von Butter, Marmelade und Kunsthonig zugelassenen Geschäften abgegeben.

Der Preis beträgt für eine Dose gezuckerter Magermilch 1.30 ℳ und für eine Dose nicht gezuckerter Vollmilch 2.00 ℳ.

Herford, den 11. März 1918.

Der Kreisausschuß. Abt. Kriegswirtschaft.

Spart Kartoffeln!

Durch die im Kreise vorgenommenen, vom Herrn Staatssekretär für Volksernährung angeordneten, Kellerrevisionen ist festgestellt worden, daß es manche Familien an der nötigen Sparsamkeit beim Kartoffelverbrauch fehlen lassen. In vielen Fällen ist festgestellt, daß nicht mehr genügend Kartoffeln vorhanden waren, daß also über den Tagessatz hinaus davon verzehrt war. Ich nehme deshalb Veranlassung, alle Haushaltungsvorstände zu warnen, nicht mehr Kartoffeln zu verbrauchen, als zulässig ist. Die Kellerrevisionen werden wiederholt. Wo ungesetzlicher Mehrverbrauch festgestellt wird, werden die Kartoffeln abgenommen und ratenweise Belieferung angeordnet.

Die durch nachlässige Behandlung oder unzulässigen Mehrverbrauch entstandenen Ausfälle können und dürfen durch Zuweisung weiterer Kartoffeln nicht ausgeglichen werden. Es stehen nur getrocknete Steckrüben zur Verfügung.

Jeder muß mit seiner Zuteilung auskommen.

Herford, den 9. März 1918.

Der Landrat. v. Borries.

Bekanntmachung

über russische Staatsanleihen und staatlich garantierte Wertpapiere.

Der am 3. März d. J. unterzeichnete deutsch-russische Friedensvertrag enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Abs. 1. Jeder vertragschließende Teil mit Einschluß seiner Gliedstaaten wird sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten, insbesondere den öffentlichen Schuldendienst, gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles wieder aufnehmen. Die vor der Ratifikation fällig gewordenen Verbindlichkeiten werden binnen sechs Monaten nach der Ratifikation bezahlt werden.

Abs. 2. Die Bestimmung des Absatz 1 findet keine Anwendung auf solche gegenüber einem Teil bestehenden Forderungen, die erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Angehörige des anderen Teiles übergegangen sind.

Mit Rücksicht auf diese Vereinbarungen ist es erforderlich, alsbald festzustellen, welche Stücke von russischen Staatsanleihen, staatlich garantierten Eisenbahn-Obligationen und sonstigen Wertpapieren mit Garantie des Russischen Staates sowie welche bereits fällig gewordenen Zinsscheine und Stücke von solchen Papieren sich in deutschem Eigentum befinden. Zu diesem Zweck ergehen folgende Aufforderungen:

A. betreffend die Abstempelung der Stücke von russischen Staatsanleihen u. staatlich garantierten Wertpapieren.

Die deutschen Eigentümer von russischen Staatsanleihen, staatlich garantierten Eisenbahn-Obligationen und sonstigen Wertpapieren mit Garantie des Russischen Staates werden hierdurch aufgefordert, ihre Stücke bis zum 18. März d. Js. **zur Abstempelung bei einer Reichsbankanstalt** und zwar tunlichst bei derjenigen, bei der sie auf Grund der Bekanntmachung über die Anmeldung von Wertpapieren vom 23. August 1916 (R. G. Bl. S. 952) angemeldet worden sind (in Berlin bei der Reichshauptbank, Lombardkontor), einzureichen.

Zugelassen werden solche Stücke:

1. deren Anmeldung bei der Reichsbank auf Grund der Bekanntmachung vom 23. August 1916 erfolgt ist;
2. die auf Grund dieser Bekanntmachung anzumelden gewesen wären, deren Anmeldung aber aus nachweislich entschuldbaren Gründen unterlassen worden ist;
3. die nachweislich nach dem 30. September 1916 aber vor dem 3. März 1918 in das Eigentum von deutschen Erwerbern übergegangen sind.

Die Wertpapiere sind mit sämtlichen nach dem 1. März 1918 (neuen Stils) fälligen Zinsscheinen und mit den Stücken unter Beifügung genauer, für jede Wertpapiergattung besonders aufzustellender und in der Nummernfolge geordneter Nummernverzeichnisse einzureichen.

Soweit die Stücke nicht sofort bei der Einreichung abgestempelt werden können, verbleiben sie bis zur Abstempelung bei der Reichsbankanstalt. In diesem Falle werden die abgestempelten Stücke nur gegen Rückgabe der bei der Einreichung ausgestellten Quittung wieder ausgehändigt.

Bei Einreichung der Papiere und der Nummernverzeichnisse haben die Einreicher schriftlich zu erklären, ob und wo die Papiere auf Grund der Bekanntmachung vom 23. August 1916 angemeldet sind. Auch kann die Beibringung der erwähnten eidesstattlichen Versicherung verlangt werden, daß inzwischen ein Eigentumswechsel nicht stattgefunden hat.

Die Eigentümer von Wertpapieren, die sich bei Banken und Bankiers im offenen Depot befinden, werden sich wegen der Abstempelung zweckmäßig mit ihrer Depotstelle in Verbindung setzen.

Die Reichsbankanstalten sind ermächtigt, Wertpapiere zur Abstempelung auch nach Ablauf der Einreichungsfrist entgegenzunehmen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Einreichung aus triftigen Gründen nicht innerhalb der Frist erfolgen konnte.

B. betreffend die Niederlegung bereits fällig gewordener Zinsscheine und Stücke der unter A bezeichneten Wertpapiere.

Die deutschen Eigentümer von Zinsscheinen und Stücken von russischen Staatsanleihen, staatlich garantierten Eisenbahn-Obligationen und sonstigen Wertpapieren mit Garantie des Russischen Staates, **die vor dem 3. März d. Js. (neuen Stils) fällig geworden sind,** werden aufgefordert, sie bis zum 15. März d. Js. **bei einer der deutschen Zahlstellen für russische Zinsscheine** einzureichen, und zwar, falls bestimmte deutsche Zahlstellen auf den Zinsscheinen oder Stücken angegeben sind, bei einer von diesen.

Bei oder möglichst umgehend nach der Einreichung ist die schriftliche Erklärung beizubringen, daß sich die Zinsscheine oder Stücke schon vor dem 3. März d. Js. in deutschem Eigentum befunden haben. Die Glaubwürdigkeit dieser Erklärung ist von den Zahlstellen zu prüfen; auch kann die Beifügung einer schriftlichen eidesstattlichen Versicherung verlangt werden.

Ueber die eingereichten Zinsscheine und Stücke sind der Zahlstelle nach Anleihegattungen und Fälligkeiten geordnete Verzeichnisse einzureichen. Aus den Verzeichnissen muß die Anzahl und der Betrag der Abschnitte gleicher Höhe und Fälligkeit und die Gesamtzahl und der Gesamtbetrag ersichtlich sein. Die Nummern der fällig gewordenen Stücke sind anzugeben; die Angabe der Nummern der Zinsscheine ist nicht erforderlich.

Die Zinsscheine und Stücke gelten im Sinne dieser Bekanntmachung als deutsches Eigentum, solange sie bei den Zahlstellen hinterlegt bleiben. Letztere sind nicht verpflichtet, die von den einzelnen Hinterlegern bei ihnen eingereichten Zinsscheine und Stücke getrennt zu verwahren; sie dürfen bei Rückgabe von Zinsscheinen und Stücken solche in beliebigen Nummern derselben Anleihegattung an die Einreicher zurückliefern.

Die Eigentümer solcher Zinsscheine und Stücke, die sich bei Banken und Bankiers im offenen Depot befinden, werden sich wegen der Einreichung zweckmäßig mit ihrer Depotstelle in Verbindung setzen.

Die Zahlstellen können Zinsscheine und Stücke auch nach Ablauf der Einreichungsfrist entgegennehmen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Einreichung aus triftigen Gründen nicht innerhalb der Frist erfolgen konnte, doch haben sie sich dazu der Genehmigung der Reichsbank zu versichern. Die Einreichung von durch die Post an die Zahlstellen gesandten Zinsscheinen und Stücken wird als rechtzeitig bewirkt angesehen werden, wenn die Sendungen nachweislich innerhalb der Frist in Deutschland zur Post gegeben sind.

Berlin, den 8. März 1918.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
Freiherr von Stein.

Formulare für die Abstempelung der Stücke sind bei der Reichsbank zu haben.

Musikverein.
Probe
zu Haydns „Schöpfung"
Donnerstag
Damen 8, Herren ½9 Uhr
in Brinkmanns Konzertsaal.

Ev. Verein
für die Stadt- u. Landgemeinden des Kreises Herford.
Jahres-Hauptversammlung
Freitag, 15. März, nachm. 2½ Uhr im Ev. Vereinshaus, — Herford. —
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Rechnung 1917.
3. Haushaltsplan 1918.
4. Vorstands-Umwahl.
5. Verschiedenes (z. T. sehr wichtige innere Angelegenheiten.

Die Mitglieder werden um zahlreiche Beteiligung dringend gebeten. **Der Vorstand.**

HANDELSKURSUS.
Am 8. April beginnt das 40. Schulsemester. Damen u. Herren, die sich in 6 Mon. für den Bürodienst u. die kaufm. Praxis vorbereiten wollen, erhalten Lehrplan u. Auskunft frei. Da nur eine beschränkte Schülerzahl Aufnahme finden kann, sind Anmeldungen baldigst einzureichen.
2 eigene Schulhäuser
30 Schreibmaschinen
Kaufmänn. Privatschule
Franz Rohlhase
Bielefeld, Arndtstr. 11 a

Hilfsdienstmeldestelle
Arbeitsamt.
Waisenhausstr. 1.
Gesucht werden:
1 Mädchen nach Münster sofort, 1 Maschinist, Haus- und Küchenmädchen zum 1. April.

In **Herford** gebr. gutes
Piano
billig abzug., auch mietw.
Näh. **C. Marowsky, Minden.**

Herford, den 12. März 1918.

Die Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, unseres guten Sohnes und Bruders, des fürs Vaterland gefallenen Wehrmanns

Leopold Hecht

findet am Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Friedhofskapelle der Synagogengemeinde aus statt.

Frau Betty Hecht,
geb. Rosenthal.

Städtischer Butterverkauf.

Der Butter-Verkauf in der
Turnhalle am Wilhelmsplatz
findet in nachstehender Reihenfolge statt:

Am Donnerstag, den 14. März 1918

nachm. von	1—2 Uhr	an die Inhaber der Butterkarten Nr.	8761—9612
„ „	2—3 „	„ „ „ „ „ „ „ „	9613—10586
„ „	3—4 „	„ „ „ „ „ „ „ „	1—721
„ „	4—5 „	„ „ „ „ „ „ „ „	722—1484
„ „	5—6 „	„ „ „ „ „ „ „ „	1485—1916

Am Freitag, den 15. März 1918

nachm. von	1—2 Uhr	an die Inhaber der Butterkarten Nr.	1917—2600
„ „	2—3 „	„ „ „ „ „ „ „	2601—3283
„ „	3—4 „	„ „ „ „ „ „ „	3284—4000
„ „	4—5 „	„ „ „ „ „ „ „	4001—4720
„ „	5—6 „	„ „ „ „ „ „ „	4721—5467

Am Sonnabend, den 16. März 1918

nachm. von	1—2 Uhr	an die Inhaber der Butterkarten Nr.	5468—6072
„ „	2—3 „	„ „ „ „ „ „ „	6073—6680
„ „	3—4 „	„ „ „ „ „ „ „	6681—7436
„ „	4—5 „	„ „ „ „ „ „ „	7437—8182
„ „	5—6 „	„ „ „ „ „ „ „	8183—8760

An diesen Nachmittagen von 1—6 Uhr an die Inhaber von Sonderbezugsbescheinigungen für Kranke, soweit sie innerhalb der verflossenen 7 Tage Butter nicht erhalten haben.

Beim Kaufe ist eine Fettmarke für die Buttereinheit abzugeben und die Butterkarte ist zwecks Eintragung vorzulegen.

Die Buttereinheit kostet 36 Pfg.

Das Geld und die Fettmarken sind abgezählt bereitzuhalten.

Herford, den 13. März 1918.

Der Magistrat.

Freibank (Schlachthof)
Donnerstag nachmittag 2 Uhr
Tischlerleim
ohne Bezugschein und Firnis zu verkaufen.
Carl Eickmeyer,
Korbwarenfabrik, Stiftbergstr. 8.

Schäferhund,
reinrassig, Rüde oder Hündin, auch Jungtiere, zu kaufen gesucht. Ausführl. Ang. eb. mit Preis unter C. 313 an **Haasenstein & Vogler, Köln a. Rh.,** erbeten.

Zum 1. oder 15. April suche ich für meinen kl. Haushalt von 2 Personen ein zuverlässiges, kinderliebes
Mädchen.
Frau Martha Weingarten.
Zu melden **Arndtstr. 8 p.**

Tüchtiger
Packer
gesucht.
Johann Heinr. Wessel,
Papierwarenfabrik.

Holzmaler
auf sofort gesucht.
Aug. Schmidt Nachf.,
Möbelfabrik.

Für meine Stanzerei suche ich einen tüchtigen
Werkzeugschlosser.
Oscar Hentschel.

Suche für einige ordentliche gesunde 14—15jährige Knaben
Lehrlingsstellen
im **Tischler-, Bäcker- und Schlosser-Gewerbe,** möglichst auf dem Lande.
Angebote unter **L. W. 5386** an die Geschäftsstelle d. Zeitg. erbeten.

Tüchtige
Schneidergehilfen,
in oder außer dem Hause auf sofort gesucht.
Hermann Wemmer Nachf.

Versteigerung.

Im freiwilligen Auftrage werde ich am **Sonnabend, den 16. März,** nachmittags 2 Uhr, bei Zimmermeister Horst, Altstädter Feldmark, folgendes Mobilar:

1 Kleiderschrank, 2 Küchenschränke, 1 Bettstelle mit Bett (zweischläfrig), mehrere Stühle, Tische, 1 Stuben-Uhr, Töpfe, Bänke und sonstige Haushaltungsgegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Die Sachen sind gebraucht, gut erhalten, und können eine Stunde vorher besichtigt werden.

Elverdissen, den 12. März 1918.

Gottlieb Linnenbrügger, Auktionator.

!! Achtung !!
Direktor Alois Kaßner
Bellachini 2
der unvergleichliche Zauberkünstler und Hexenmeister ist nur noch
Sonntag, den 17. März
im **Kurfürsten,** Fritz Collbrunn am Renntor.
Die Nachfrage nach Billetten ist schon jetzt sehr stark und ist deshalb ein Vorverkauf bei Herrn **August Wessel,** Zigarren-Geschäft, Gehrenberg. Daselbst sind Billette ab heute zu ermäßigten Preisen zu haben.
Sperrsitz 2.75 Mk., I. Platz 1.75 Mk., II. Platz 0.85 Mk.
Sichern Sie sich Billette im Vorverkauf.

Landwirtschafts- u. Realschule Herford.
Aufnahmeprüfung: Für Sexta am Mittwoch, den 27. März, früh 9 Uhr, für die übrigen Klassen am Mittwoch, den 10. April, früh 9 Uhr. Anmeldungen, denen Geburtszeugnis, Impfschein u. letztes Schulzeugnis beizufügen sind, werden bis 26. März, wochentags 11—1 Uhr, im Schulgebäude und bis 26. April schriftlich entgegengenommen.
Dr. Paalhorn, Direktor.

Musikverein Herford.
Sonnabend, 16. März, abends 8 Uhr, Brinkmanns Saal:
Unterhaltungsabend.
Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfg. sind in der Menckhoff'schen Buchhandlung zu erhalten.
Die aktiven und passiven Mitglieder haben gegen Umtausch des Abschnittes der Mitgliedskarte freien Eintritt.

Soldatische Vereine.

Die auf dem Felde der Ehre gefallenen Kameraden

Unteroffizier Willi Remmert
und
Wehrmann Leopold Hecht

sind nach hier überführt und werden hier zur letzten Ruhe bestattet.

Die Vereine werden gebeten, den verblichenen Helden die letzte Ehre zu erweisen.

Antreten Donnerstag nachmittag ¾3 Uhr an der Kapelle des jüd. Friedhofes.

Die Vorstände.

Herford, den 12. März 1918.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des

Rentners Franz Naumann

sprechen wir hierdurch im Namen aller Angehörigen unsern tiefgefühlten Dank aus.

Die Geschwister.

Ausstellung Häusliche Kunst!
In den **Sälen des Evangl. Vereinshauses** findet von **Sonnabend, den 16. März, nachmittags 2 Uhr,** ab bis incl. Montag, den 25. März, eine
Ausstellung
statt.
Es werden ausgestellt in erster Linie:
Weibliche Handarbeiten der verschiedensten Art, Kerbschnitzereien, Gemälde, Kriegsarbeiten u. a. m.
Die Ausstellung ist geöffnet morgens von 10 bis 1 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr, nachmittags von 2½ bis 6 Uhr. Eintrittsgeld am Eröffnungstage 1,— Mk., sonst 0,50 Mk. — Dauerkarten 1,50 Mk. —
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Gewerbe-Verein.

ANZEIGEN
für die
Donnerstag-Ausgabe
bitten wir uns bis
heute nachmittag 5 Uhr
aufzugeben.
Später aufgegebene Inserate müssen bis zur
nächsten Nummer
zurückgestellt werden.
Herforder Zeitung für Stadt u. Land